Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang · Freitag, 19. November 1920 · Nummer 488 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 35,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4693, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Belebung der Bautätigkeit. — Berufsumstellung. — Regelung der Lehrlingsfrage

Von Otto Ziska

Die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen, sowie in der Metallindustrie im Besonderen, wächst sich immer mehr zu einer Katastrophe aus; — nicht nur die stetig wachsende Zahl der Arbeitslosen, sondern vor allem auch durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit, von der der Einzelne heimgesucht wird. Alle Versuche, die bisher unternommen wurden, um der Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Elend zu steuern, haben sich als völlig ungeeignet erwiesen.

Während mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge alle möglichen und unmöglichen Experimente gemacht worden sind, wird dem Hauptmoment, das im gegenwärtigen Augenblick die Arbeitslosigkeit mildern könnte, fast gar keine Aufmerksamkeit zugewandt. Es gilt vor allem die Bautätigkeit, die in Deutschland seit 6 Jahren vollkommen darniederliegt, großzügig zu heben. Das größte Hindernis, das dieser Maßnahme entgegensteht, sind die unsinnigen Preise der Rohmaterialien. Genau so wie bei allen Produkten, die Deutschland gegenwärtig erzeugt, sind auch hier die Preise der Materialien nicht zwingend durch die Verhältnisse bedingt, sondern ein erheblicher Teil des gegenwärtigen Materialpreises wird durch unberechtigte Profite hervorgerufen.

Wenn man in großzügiger Weise die Bautätigkeit heben will, so kann das nur durch Herabsetzung der gegenwärtigen Preise der Rohmaterialien geschehen. Daher ist es Pflicht des Reiches und der Länder, durch Freistellen ihrer Vorräte preissenkend zu wirken. Der größte Teil des zum Bauen benötigten Holzes befindet sich in den Staatsforsten, die im Besitz der einzelnen Länder sind. Aufgabe der Regierungen muß es also sein, ihre gewaltigen Holzvorräte zu den Preisen, die die Herrichtungskosten bedingen, den zu bildenden Baugenossenschaften zur Verfügung zu stellen, damit auf diesem Wege dem geradezu unsinnigen Holzwucher entgegengearbeitet werden kann. Bisher haben die Länder eine genau entgegengesetzte Taktik verfolgt; sie haben den Holzvorrat der Staatsforsten dazu benutzt, um durch übermäßige Verkaufspreise ihre Finanzkalamität zu beheben.

Durch Uebernahme der gegenwärtig außergewöhnlich hohen Frachtkosten durch die produktive Erwerbslosenfürsorge wäre es weiter möglich, senkend auf den Preis des Holzes einzuwirken. Denn nur dadurch kann die produktive Erwerbslosenfürsorge ihren Zweck erfüllen, daß durch die Freistellung von Mitteln die wirklich im Interesse des Volksganzen liegende Produktion belebt wird, und nicht dadurch, daß einzelnen Unternehmern geholfen wird, ihre Betriebe, von denen ein großer Teil wirkliche Bedarfsartikel nicht produziert, weiterzuführen.

Ein anderes großes Uebel ist das Treiben der Ziegeleibesitzer. Bei den Liebhaberpreisen, die jetzt für die Ziegelsteine gezahlt werden, hat ein Teil der Ziegeleibesitzer gefunden, daß es viel mehr im Interesse ihrer Profitwirtschaft liegt, die Ziegeleiringöfen, die ein notwendiges Produktionsmittel darstellen, abzubrechen und die einzelnen Ziegelsteine zu verkaufen. Gegen diejenigen Unternehmer, die auf diese Art zur Hebung der Bautätigkeit beitragen, kann es nichts weiter geben, als das man sie von ihrem Besitz enteignet und den für die Durchführung der Bautätigkeit zu bildenden Genossenschaften die Leitung der Betriebe überträgt. Wenn dieses System des Abbruches der Ringöfen weiter um sich greift, werden wir in ganz kurzer Zeit dahin gelangt sein, daß es überhaupt nicht mehr möglich ist, in Deutschland Ziegelsteine herzustellen.

Um das für die Herstellung von Bauten notwendige Eisenkonstruktionsmaterial zu verbilligen, müssen ebenfalls Reichsgelder zur Verfügung gestellt werden, wenn man sich schon nicht mehr die Macht zutraut, durch gesetzliche Bestimmungen den Preis der Eisenteile nach oben hin erträglich zu begrenzen.

Bei richtiger Anwendung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen ist es auch heute möglich, die Bautätigkeit in der zur Deckung des gegenwärtigen Bedarfs notwendigen Weise zu steigern. Man schafft damit für große Teile der Arbeitslosen der verschiedensten Berufszweige Arbeitsgelegenheit und behebt gleichzeitig damit das Wohnungselend, das heute schon zu einer sittlichen und moralischen Gefahr ausgewachsen ist.

Wenn es also in den verschiedensten Berufen möglich sein wird, durch geeignete Maßnahmen die absoluten Ziffern der Arbeitslosen ganz gewaltig herabzudrücken, so wird das Problem der Linderung der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie bedeutend schwieriger zu lösen sein. Die für den Kriegsbedarf bedingte Steigerung der Erzeugnisse der Metallindustrie hat es nötig gemacht, aus allen Berufszweigen, auch aus den bis zu Beginn des Krieges selbständigen Handwerkskreisen, einen großen Teil der Arbeitskräfte herauszuziehen und in die Produktion der Metallindustrie einzugliedern. Durch die Abschnürung der einzelnen am Kriege beteiligten Länder und durch den riesenhaften Bedarf an Metallerzeugnissen wurde die Metallindustrie aller am Kriege beteiligten Länder in ihrer Produktion weit über die Aufnahmefähigkeit des Friedensbedarfs hinaus erweitert. Jetzt, nachdem der die Metallerzeugnisse geradezu verschlingende Krieg beendet ist und sich die gesamte Welt auf den Friedensbedarf einstellen muß, ist es unmöglich, die während der Kriegszeit in die Metallindustrie hineingezogenen Arbeiter für den Friedensbedarf weiter beschäftigen zu können. Es werden sich also große Teile der in den Industriezentren zusammengeballten Metallarbeiter mit der Tatsache vertraut machen müssen, daß genau so, wie der Zustrom während der Kriegszeit zur Metallindustrie einsetzte, jetzt wieder eine Abwanderung aus der Metallindustrie in andere Industriezweige erfolgen muß.

Welche Steigerung in den Berufsziffern während der Kriegszeit zu verzeichnen war, soll an einem kleinen Beispiel erläutert werden, das nicht als Ausnahme, sondern nur als typische Regel zu betrachten ist. Die Branche der Werkzeugmacher in Berlin zählte zu Beginn des Krieges im Höchstfalle 1500 Mann. Während der Kriegszeit ist die Zahl der Arbeiter in dieser Branche allein auf 4500 angewachsen. Der Friedensbedarf Groß-Berlins ist mit 1500 Werkzeugmachern im Höchstfalle vollkommen gedeckt. Für die überschüssigen 3000 Arbeiter hat die Berliner Metallindustrie keine Verwendungsmöglichkeit.

Genau so wie bei den Werkzeugmachern liegt es bei einem großen Teil ähnlicher Berufszweige. Selbst wenn es möglich sein sollte, durch eine großzügige Hebung des Bedarfs die Beschäftigungsmöglichkeit in der Metallindustrie auf den alten Friedensstand zu bringen, wird trotzdem ein großer Prozentsatz übrig bleiben, der in der Metallindustrie keine Arbeit finden kann.

Diese Tatsache zwingt uns, der Frage der Berufsumstellung erhöhtes Interesse entgegenzubringen. Während der Kriegszeit sind nicht nur aus anderen industriellen Berufszweigen Arbeiter in die Metallindustrie hineingeströmt, sondern auch ein großer Teil derjenigen, die bisher durch Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft ihren Erwerb hatten. Anstatt daß nun mit allen Mittel versucht wird, die Betreffenden ihren alten Erwerbszweigen zuzuführen, tragen die agrarischen Produzenten zur Steigerung der Arbeitslosigkeit dadurch bei, daß sie zu Tausenden polnische und galizische Wanderarbeiter heranziehen. Wenn die staatlichen Organe zur Minderung der Arbeitslosigkeit etwas tun wollen, müssen sie also in erster Linie die Beschäftigung polnischer und galizischer Arbeiter in der Landwirtschaft verbieten, um vorerst einmal unseren Arbeitern, die infolge ihrer früheren Zugehörigkeit zu diesem Beruf die sachlichen Vorkenntnisse mitbringen, Beschäftigungsmöglichkeit zu geben.

Auch die Regelung der Lehrlingsfrage innerhalb der Metallindustrie ist ein Gebiet, das erhöhte Aufmerksamkeit bedarf. Obwohl in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen ist, die gegenwärtig der Metallindustrie zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu beschäftigen, werden von den Metallbetrieben Groß-Berlins wahre Lehrlingszüchtereien angelegt und zwar hauptsächlich in den Berufen, die an und für sich schon ein starkes Ueberangebot von Arbeitskräften haben. Es kann damit nur der Zweck verfolgt werden, durch eine immer größere Uebersättigung des Arbeitslosenmarktes das Lohnniveau und damit die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Deshalb muß nachdrücklich davor gewarnt werden, in dem bisher geübten Maße die schulentlassenen Knaben der Metallindustrie als Lehrlinge zuzuführen. Auch diejenigen Berufe, in denen eine Aufnahmefähigkeit für Lehrlinge noch besteht, sollten nicht wahllos überlaufen werden, sondern man sollte sich vorher Auskunft bei den Organisationen holen.

Wenn in den beteiligten Kreisen ernstlich die so oft von ihnen geäußerte Absicht besteht, mit allen Mitteln die Arbeitslosigkeit zu mildern, so kann es nur geschehen, wenn die hier angeführten Maßnahmen durchgeführt werden. Jeder Versuch, durch teilweise Erfüllung der hier aufgestellten Forderungen mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden, würde als Palliativmittel nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung auslösen.

Die Bedeutung der sächsischen Landtagswahlen

Von Rich. Lipinski.

Die Wahlen zum Landtag in Sachsen haben für die Arbeiterklasse Deutschlands in mehrfacher Hinsicht lehrreiche Bedeutung. Fanden sie doch unmittelbar nach der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei statt und wurden so zum Prüfstein, wie sich die Arbeiterklasse Sachsens zu dem Moskauer Diktat stellt. Sachsen ist für den Scheinradikalismus und die kommunistische Phraseologie ein fruchtbarer Boden. Denn Sachsen hat die dichteste Industriebevölkerung und Sachsens Industrie brach am frühesten im Weltkriege zusammen, weil sie auf den Export eingestellt war, der durch den Krieg völlig unterbunden wurde. Deshalb war auch in der Nachkriegszeit die Arbeitslosigkeit nirgends so groß wie in Sachsen. Bei 4½ Millionen Einwohner, knapp 8 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands, betrug die Zahl der Arbeitslosen im Herbst d. J. 28 Prozent der Gesamtarbeitslosen im Reich. Da es sich bei den Arbeitslosen meist um Familienväter handelt, so ist die Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen Familienmitglieder sehr groß. Dazu kommt, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit überaus lang ist. In Plauen im Vogtland sind über 5000 Arbeitslose, die länger als 26 Wochen arbeitslos sind.

Neben der großen Zahl der Arbeitslosen (über 100 000) kommen aber die Kurzarbeiter, die drei bis vier Tage in der Woche nur arbeiten, und deren Zahl abertausende zählt. Die Not und das Elend unter der sächsischen Arbeiterschaft ist außerordentlich groß, so groß, daß das sächs. Ministerium im Auslande Arbeitsaufträge für Sachsen zu gewinnen suchte.

Der Nährboden für eine Gewaltpolitik ist also vorhanden, die Moskauer und ihre Nachläufer konnten nirgends eine verzweifeltere Arbeiterschicht finden wie in Sachsen. Und nun der Erfolg der Moskauer? Eine völlige Ablehnung der Revolutionspläne und des Moskauer Diktats. In dem Antwortschreiben der Moskauer an die Zentralleitung der U. S. P. D. gingen diese von der Annahme aus, daß die Arbeiter anders wollten als die Führer. Die Wahlen haben ergeben, daß diese Auffassung falsch ist.

Gewiß, die Moskauer haben erreicht, daß die Organisation der U. S. P. D. vielfach beeinträchtigt und gestört worden ist. Wir hatten den Nachteil, daß in zwei bis drei Wochen der Schaden nicht voll ausgeglichen werden konnte, aber im allgemeinen blieb die Organisation doch geschlossen bestehen und die Parteipresse hat nur winzige Einbußen erlitten. Die organisierten Massen standen zu ihren Führern. Der Teil, der sich absplitterte, ging weder zu den Neukommunisten noch zu den Kommunisten, sondern bleibt außerhalb jeder politischen Organisation und vermehrt das Heer der Indifferenten. Ein großer Teil der Arbeiter hat nicht an der Wahl teilgenommen. Verglichen mit der Reichstagswahl blieben diesmal 360 000 Wähler der Wahl fern. Da wir den größten Verlust an Stimmen gegenüber der Reichstagswahl haben, weder die Rechtssozialisten, noch die bürgerlichen Parteien oder Kommunisten und deren Nachläufer diese Stimmen aufgesogen haben, so bleibt nur der Schluß, daß viele Arbeiter und deren Frauen, die bei der letzten Wahl uns gewählt haben, nicht wählten, ein anderer Teil der Wähler den bürgerlichen Parteien zugelaufen ist. Die bürgerlichen Parteien haben fast die sozialistischen Stimmen eingeholt und ihre Mandatsziffer um acht verbessert. Zählten sie in der Volkskammer 39, so jetzt im Landtag 47 von 96 Abgeordneten. Sinowjew schleuderte uns beim Abzug vom Parteitag das Schimpfwort: „Agenten der Bourgeoisie" nach. Der Pfeil ist auf den Schützen zurückgeprellt, denn die Tat der Moskauer und Neukommunisten hat zur Stärkung der Bourgeoisie beigetragen und die Macht der Arbeiterklasse geschwächt.

Die Kommunisten haben noch nicht einmal einen Vorteil. Im Wahlkreis Chemnitz—Plauen, vereinigten sich die Neukommunisten mit den Kommunisten, erstere zogen ihre Kandidatenliste zurück und der Erfolg ein Rückgang der kommunistischen Stimmen. Bei der Reichstagswahl erhielten sie 82 044, jetzt 78 330 Stimmen, ein Verlust von nahezu 4000 Stimmen. In den anderen Wahlkreisen haben sie zwar eine Zunahme, aber dort, wo sie länger praktisch tätig sind, ebbt ihre Bewegung ab. Diese Tatsache gewinnt an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß gerade in diesem Wahlkreis im Erzgebirge und Vogtland das Elend am größten ist. In diesem Wahlkreis haben auch wir und die Rechtssozialisten Stimmen verloren, ein Beweis, wie stark dort die Wahlenthaltung von den Arbeitern geübt worden ist.

Die Neukommunisten segelten unter falscher Flagge, sie hatten Geyer zum Vorspann gewonnen und arbeiteten mit den gemeinsten Mitteln persönlicher Verleumdung. Wie verheerend das gewirkt hat, geht daraus hervor, daß eine kleine auserlesene Schar Neukommunisten eine Liste von U. S. P. D.-Führern aufgestellt hat, die gewaltsam beiseite geschafft werden sollen. Wir haben es abgelehnt, den Kampf in verletzender Form zu führen. Wir hatten ja Gelegenheit, den „flüchtenden Heldenmut" ihres Spitzenreiters während des Kapp- und Mauerkertage zu kennzeichnen, wir haben es

unterlassen. Ihnen stand eine Schar verwegener Draufgänger zur Seite und der Erfolg? Von 2 040 000 abgegebenen Stimmen erhielten sie 58 770, das sind nicht ganz drei Prozent und drei Mandate. Sie redeten den Wählern ein, daß sie die Mehrheit der Arbeiter hinter sich hätten und jetzt diese Niederlage.

Die Ausbeute ist mager und die Besinnung kehrt zurück.

Die Lehre für die Arbeiterklasse ist, zielbewußte sozialistische Aufklärung und Aufbau der Kampffront des bewußten sozialistischen Proletariat.

Der Ausgang der Wahl bringt aber erst die Schwierigkeit parlamentarischer Arbeit. Nach der sächsischen Verfassung muß nach jeder Neuwahl die Regierung neu gebildet werden. Die Regierung, aus fünf Rechtssozialisten und zwei Demokraten bestehend, muß zurücktreten. Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung sind außerordentlich groß: 49 sozialistische Abgeordnete stehen 47 bürgerlichen gegenüber, aber keine Gruppe ist in sich geschlossen. Die bürgerlichen Parteien haben acht Mandate gewonnen, aber auf Kosten der Demokraten und der Rechtssozialisten. Die Rechtssozialisten sinken von 42 auf 27 Mandate, die Demokraten von 22 auf 8 Mandate. Es ist also ein merklicher Ruck nach rechts eingetreten. Die sozialistische Gruppe ist in sich gespalten und verärgert durch den Wahlkampf. Bei den Rechtssozialisten sind die stark bürgerlichen Elemente ausgeschieden, der linke Flügel hat mehr Einfluß erlangt. Wir haben zwei Mandate eingebüßt, die Neukommunisten drei, die Kommunisten, die sich an der Volkskammerwahl nicht beteiligt hatten, sechs gewonnen.

Die Rechtssozialisten haben als stärkste Partei die Führung bei der Regierungsbildung, sie möchten im Amte bleiben. Die Mehrheit muß bei 96 Abgeordneten 49 betragen. Mit den Demokraten sind die Rechtssozialisten nur 35. Die rechtssozialistische „Dresdener Volkszeitung" streckt Fühler für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei aus. Dann wären Rechtssozialisten, Demokraten und Deutsche Volkspartei 53 Abgeordnete, also eine Mehrheit. Ein Zusammengehen mit der Stinnespartei haben aber die Rechtssozialisten bei der Regierungsbildung im Reich abgelehnt, sie würden sich in Sachsen in Widerspruch stellen mit der Gesamtpartei, wenn sie sich mit der Deutschen Volkspartei verbinden würden. Sie würden auch den letzten Rest von Ansehen bei der Arbeiterschaft verlieren. Mit den Deutschnationalen, der Alldeutschen und Orgeschorganisation können sie erst recht nicht zusammengehen. Die bürgerlichen Parteien blieben allein in der Regierung eine Minderheit, die jeden Augenblick auffliegen kann.

Es bleibt eine sozialistische Regierung übrig, die als Stütze der Arbeiterklasse gegen die Reaktion Bedeutung gewinnt. Die Liebe der Rechtssozialisten zu den Demokraten war aber bisher so stark, daß sie auf sozialistische Grundsätze verzichtete, eine Regierungsbildung mit der U. S. P. D. ablehnte und sich den Demokraten in die Arme warfen. Die U. S. P. D. hat es abgelehnt mit bürgerlichen Parteien in eine Regierung einzutreten und kann jetzt erst recht nicht von diesem Standpunkt abgehen.

Wie die Kommunisten, die doch die Neukommunisten in sich aufnehmen müssen, sich zu der Regierungsbildung stellen, ist ziemlich klar, sie werden sie ablehnen, wenn der alte Geyer sich nicht mit Hoffnungen trägt, wieder „diletorischer" Finanzminister zu werden.

Die Situation ist völlig unklar. Die Arbeiterklasse hat eine Bataille verloren, aber die Sieger haben keine Freude am Sieg und die Auflösung und Neuwahl des Landtages erscheint in greifbare Nähe gerückt.

Fremde Federn

Trotz allen Maulaufreißens herrscht bei den halbwegs vernünftigen Leuten der K. P. D. großer Katzenjammer. Sie müssen einsehen, daß ihre Hetz- und Putschtaktik zu nichts anderem führt, als zu einer Stärkung der Bourgeoisie und zu wachsender Indifferenz proletarischer Schichten. Da sie aber nicht, wie etwa Paul Lange, der aus der K. P. D. ausgetreten ist, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis ziehen wollen, suchen sie nach immer neuen Prügeljungen. Zur Abwechslung sind es diesmal nicht die konterrevolutionären Führer der U. S. P. D., sondern der K. A. P.-Geist. Als solchen bezeichnet Walcher in der „Roten Fahne" die Unfähigkeit einzelner Genossen und ganzer Mitgliedschaften der K. A. P., konkret am Jammer dieser Tage anzuknüpfen, um die Masse auf die revolutionäre Bahn zu drängen. Dies führe dazu, daß die Revolutionierung der Masse nicht im entferntesten so vorwärts gehe, wie es nach den objektiven Verhältnissen der Fall sein müßte. Ja noch mehr, der Einfluß, den Revolutionäre heute in den Betriebsräten, Gewerkschaften, Konsumvereinen hätten, sei nicht nur außerordentlich gering, er sei noch viel geringer als während des Krieges. Dabei sei gar kein Zweifel, daß die Grundstimmung der Massen bis weit in die Kreise der Rechtssozialisten und Indifferenten revolutionär sei. Daran sei der K. A. P.-Geist schuld und den müßte die K. P. D. bekämpfen. Das wird nun folgendermaßen erklärt:

So oft es sich um konkrete Fragen handele, wie z. B. um Abhilfe gegen die Kartoffel- und Wohnungsnot, erklären Genossen, der Kapitalismus sei bankrott, nur der Kommunismus könne uns noch retten, kleinere Reformen könnten uns nichts nützen, sie würden die Massen zufriedener und zum Kampf unbrauchbarer machen. Nicht der Kampf um bessere Wohnungs- und Lebensmittelverhältnisse, sondern der Sturz des Kapitalismus müsse unsere Losung sein. Dazu sagt nun Walcher:

Bis zu einem gewissen Grade hat der Genosse vollkommen recht. Der Kapitalismus muß in der Tat sterben, soll das Proletariat leben. Aber die Frage ist, wie wird er gestürzt? Erreichen wir dieses Ziel dadurch, daß wir bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten rufen: Es lebe der Kommunismus! Nieder mit dem Kapitalismus! Leider wohnt diesem Feldgeschrei nicht jene himmelstürzende Gewalt inne, die man den Posaunen von Jericho nachrühmt. Dort sollen Posaunenstöße zum Einsturz der Stadtmauer geführt haben. Die Mauern des Kapitalismus wanken leider nicht, auch wenn wir noch so stark die Luft erschüttern mit dem Rufe: Nieder mit dem Kapitalismus! Es gilt, nicht immerfort zu schreien: Sturz des Kapitalismus; es gilt, ihn tatsächlich zu stürzen.

Stehen aber mit dieser Absicht nicht in Widerspruch die Versuche, noch innerhalb des Kapitalismus die Lage der Arbeiter zu bessern oder ihrer Verschlechterung entgegenzuwirken? Jene Genossen, die hier einen Widerspruch konstatieren, sind offenbar nicht sehr fest davon überzeugt, daß die Uhr des Kapitalismus abgelaufen ist. Die Genossen, die von einer Politik, die an die Alltagsnöte des Proletariats anknüpft, die sich zum Fürsprecher der darbenden Massen macht, eine Lähmung der revolutionären Energien in den Massen befürchten, glauben tatsächlich an die Möglichkeit, daß durch Reformen innerhalb dieses sterbenden Wirtschaftssystem noch erträgliche Existenzbedingungen für das Proletariat herauszuholen sind. **Der tiefste Kern ihres „Radikalismus" ist also die theoretische Unsicherheit, Zweifel an dem wirklichen Bankrott des Kapitalismus.**

Der wahrhafte Revolutionär wird dagegen stets an den alltäglichen Nöten der Massen anzuknüpfen wissen; er muß, soll er Erfolg haben, sich ehrlich und selbstlos zum Anwalt der Unterdrückten und Ausgebeuteten machen. Gerade wenn er sich auf den Boden der scheinbar reformistischen Forderungen stellt, die von rückständigen Massen getragen werden, wird es ihm möglich sein, zu zeigen, und zu beweisen, daß es selbst bei größter Geschlossenheit der Arbeiterschaft nicht möglich ist, erträgliche Existenzbedingungen für das Proletariat im Rahmen des Kapitalismus durchzusetzen, oder auch nur einer Verschlechterung der Lebenslage entgegenzuwirken. Er kann sich auch nicht damit zufrieden geben, daß der Kapitalismus so wie so zu Grunde geht. Es kommt nicht nur darauf an, daß der Kapitalismus verschwindet, sondern darauf, daß er ersetzt wird durch den Kommunismus. Die Verelendung allein wird die Massen nicht revolutionieren. Nur wenn der Kommunist stets an der Seite seiner Klassengenossen marschiert, wenn er anknüpft an ihr Verständnis und ihre kleinen Tagessorgen, wird es seiner besseren Einsicht gelingen, den Massen die Konsequenzen vor Augen zu führen und sie für große revolutionäre Massenkämpfe reif zu machen.

Wir finden Walcher reif zum Ausschluß. Was er fälschlich als K. A. P.-Geist bezeichnet, ist in Wirklichkeit die Agitations- und Hetzmethode seiner eigenen Partei, und erst recht die der Neukommunisten, von denen die meisten der K. A. P. innerlich viel näher stehen als den K. P. D.-Leuten. Deshalb ist es wieder ein sehr sinnvoller Druckfehler, wenn die Ueberschrift des Artikels „K. A. P.-Geist" lautet. Was Walcher sagt, ist fast wörtlich den Ausführungen der U. S. P.-Führer entnommen, ist vor allem aus der „Freiheit" abgeschrieben. Konsequenz wird diese Einsicht freilich nicht haben, denn die einzige richtige Konsequenz wäre das Verschwinden der K. P. D.

Lügner und Heuchler!

Die Vermögensverschiebungen ins Ausland

Die Gracchen klagen über Aufruhr! Die Rechtssozialisten jammern darüber, daß deutsche Fürsten und andere vermögende Leute Riesenkapitalien ins Auslandverschieben! Und der Abgeordnete Hermann Müller, ehemals Reichskanzler, fragt in einer Interpellation im Reichstage an, was die Regierung gegen die Schuldigen zu tun gedenke und was der Reichsfinanzminister getan habe, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern! Ist eine größere Lügenhaftigkeit und Heuchelei je dagewesen?

Schon am 2. Juni, also vor fast einem halben Jahre, hat die „Freiheit" unter der Ueberschrift „Ludendorff und seine Leute als Kapitalsverschieber" ausführliche Mitteilungen darüber gebracht, daß eine Reihe der besten Stützen der bürgerlichen Gesellschaft ungeheure Vermögenswerte ins Ausland verschoben hatten. Um der Regierung und der Staatsanwaltschaft bequeme Möglichkeit zu geben, die Schuldigen zu fassen, nannten wir eine Reihe von Namen. Es handelte sich um ein Schieberkonzern, an dessen Spitze der Rittmeister Dr. Adolf Borchardt stand, und der Anfang 1919 das Bankhaus Sinner u. Co. gründete. Zu den Mitgliedern des Schieberkonzerns gehörten Hans Hirschler, der enorme Gewinne aus der Granatenfabrik Otto Jachmann in Borsigwalde bei Berlin gezogen hatte, Oberstleutnant Schmidt-Rhedern, und eine Reihe anderer hoher Offiziere aus der Umgebung des Generals Ludendorff. Wir haben damals genaue Einzelheiten über die Art des Geschäftsbetriebes gemacht und neben den Beziehungen des Herrn Ludendorff zu diesem „Bankhaus" insbesondere hervorgehoben, daß Prinz Leopold von Preußen Vater auf Klein-Glienicke genaue Auskunft darüber geben könnte, wie man Vermögen ins Ausland verschiebt.

Auf unsere damaligen Mitteilungen ist nichts erfolgt. Die Reichsregierung verhielt sich mäuschenstill, auch die Staatsanwaltschaft ließ nichts von sich hören. Wer aber stand damals an der Spitze der Reichsregierung? Wer ist mitverantwortlich dafür, daß riesige Kapitalien bis zum heutigen Tage ins Ausland wandern konnten, ohne daß den Schuldigen ein Haar gekrümmt wurde? Es ist Hermann Müller, im Juni Reichskanzler und heute rechtssozialistischer Interpellant. Vor einem halben Jahre deckte er durch das Nichtstun seiner Regierung die fürstlichen und anderen Kapitalsverschieber, jetzt aber tritt er als Ankläger gegen seine Nachfolgerregierung auf.

Kein Mensch wird daran glauben, daß es der rechtssozialistischen Fraktion mit ihrem Hermann Müller an der Spitze ernst darum ist, Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Fast anderthalb jahrelang haben die Rechtssozialisten durch ihre Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien nicht nur dafür gesorgt, daß die kapitalistische Wirtschaft sich aufs neue befestigte und die arbeitende Bevölkerung immer weiter ins Elend gedrängt wurde, sie haben auch noch der Bourgeoisie alle Möglichkeiten verschafft, sich der Aufbringung der Staatslasten zu entziehen und das Reich um Milliardensummen zu betrügen. Dank der rechtssozialistischen Politik sind die Besitzsteuern bis heute auf dem Papier geblieben, dafür wird die arbeitende Bevölkerung durch die Methode des Steuerabzugs bis aufs Hemd ausgeplündert. Wenn die Rechtssozialisten eine Anklagebank bilden wollen, auf der die Schuldigen für die Kapitalsverschiebung und Steuerhinterziehung Platz nehmen sollen, so gehören sie selbst an ihre Spitze!

•

Aus den weiteren Mitteilungen der Presse über die Kapitalsverschiebungen erfährt man, daß es sich dabei nicht um das Bankhaus Cruser, sondern um die Amsterdamer Bankfirma Gruzer, Phillipson & Co. handelt, mit der die Bankhäuser Hardy & Co., G. Schlesinger, Trier & Co. und andere Banken in Verbindung gestanden haben. Die Firma hatte zuerst ihr Lokal Budapester Straße 2; als es den hohen Herrschaften dort zu unsicher wurde, wurde ein zweites inoffizielles Lokal Poßstraße 16 aufgemacht. Die Vermögensverschiebungen begannen im Januar 1919 mit der Herausschaffung des kronprinzlichen Vermögens. Später kamen andere Fürstlichkeiten und adlige Persönlichkeiten hinzu. Zu den Kunden der Firma Gruzer & Co. gehörten auch bekannte Leute aus der Berliner Industrie- und Handelswelt. Die Depots wurden zum Teil unter Decknamen geführt. Eines solchen Decknamens hat sich auch einer der bekanntesten deutschen Heerführer aus dem Weltkriege bedient. Auf diese Weise sind mehrere hundert Millionen Mark nach Holland verschoben worden. Gruzer ist es noch rechtzeitig gelungen, die deutsche Grenze hinter sich zu bringen. Ein Haftbefehl ist nur gegen ihn, dagegen noch gegen keinen einzigen der Depotinhaber erlassen worden!

Das Hakenkreuz in der Schule. Durch eine von Haenisch gezeichnete Rundverfügung des preußischen Kultusministeriums wird das Tragen des Hakenkreuzes in der Schule verboten. — Fraglich bleibt, ob mit dem Tragverbot des Hakenkreuzes auch der Hakenkreuzgeist, wie er insbesondere an den höheren Schulen herrschend ist, verschwindet.

Der Kampf um die Ausfuhrkontrolle

Das Hartmann-Monopol

Am Donnerstag setzte der Haushaltsausschuß die Beratung des Etats des Wirtschaftsministeriums fort. Während der Berichterstatter Dr. Rieser die hohe Zahl der Angestellten beim Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung bemängelte, brachte der Mitberichterstatter Genosse Hertz zur Sprache, daß in letzter Zeit bei dem Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr **in erheblicher Zahl Grafen und Freiherren als Volontäre mit geringem Gehalt angestellt werden.** Das verstoße gegen die Vorschriften des Demobilmachungskommissars. Die Debatte brachte zahlreiche Klagen der Interessenten über die Ausfuhrkontrolle, über zu langsame und schwerfällige Erteilung der Genehmigungen. Hierzu wurden zahlreiche Anträge gestellt. Abg. Hoch erklärte zu der Ankündigung, daß nächstens über die Frage der Ausfuhrkontrolle und Ausfuhrabgabe im Volkswirtschaftlichen Ausschuß verhandelt werde, diese Frage müsse im Plenum vor aller Oeffentlichkeit erörtert werden. Es sei unmöglich, die Befugnisse des Volkswirtschaftlichen Ausschusses nach dieser Richtung hin zu verlängern. Genosse Simon wandte sich ebenfalls gegen bureaukratische Behandlung. Das Bestreben der bürgerlichen Parteien aber sei ja nicht Beseitigung der Mißstände, sondern Beseitigung der Kontrolle überhaupt, um hemmungslosem Profitstreben freie Bahn zu schaffen. Es ist falsch, daß Aufhebung der Kontrolle und Beseitigung der Abgabe Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedeute. Die Herren wollen sich eben nicht in die Karten gucken lassen, das ist der eigentliche Grund für diesen Kampf gegen die Ausfuhrabgabe. Alle Anträge auf Beseitigung der Außenhandelsstellen werden von uns abgelehnt.

Genosse Hertz kritisiert die Schaffung eines kapitalistischen Monopols durch die Erteilung der Ausfuhrerlaubnis von Zeitungspapier an den Hartmann-Konzern. Dadurch sei auch die Gefahr heraufbeschworen, daß der Hartmann-Konzern eine beherrschende Stellung über die deutsche Papierindustrie erlange. Durch die Erlaubnis zur Beschaffung der Auslandsaufträge erhalte der Hartmann-Konzern die eigentliche Ausnutzung des Monopols. Auf dem Weltmarkt herrsche starke Nachfrage und hohe Preise seien zu erzielen, die nicht kontrolliert werden könnten, da der Hartmann-Konzern eine Vertriebsgesellschaft in Frankreich gegründet habe. Deren Profite sind unbekannt und unerreichbar. Die angebliche Bedingung für die Erteilung des Monopols durch Ablieferung von 10 Mill. Mark monatlich an das Reich ist völlig ungenügend, denn aus der monatlichen Ausfuhr von 1000 Waggons werden mindestens 60 Millionen Mark Ausfuhrgewinn erzeugt. Die ganze Art der Regelung widerspreche auch dem Gedanken einer wirklichen Einfuhrkontrolle und der Beteiligung des Reiches an den Exportgewinnen. Diese Regelung sei die Schaffung eines kapitalistischen Monopols unter Schädigung der Interessen der Allgemeinheit. Seine Freunde würden diese Angelegenheit ausführlich im Plenum des Reichstages vorbringen, um dort zu beantragen, daß eine gemeinwirtschaftliche Regelung getroffen werde. Hier wolle er zunächst nur den Antrag auf sofortige Veröffentlichung der bisher geheimgehaltenen Verträge stellen.

Mehrere Redner der bürgerlichen Parteien verurteilten ebenfalls den Abschluß des Vertrages mit dem Hartmann-Konzern, ließen aber keinen Zweifel daran, daß sie für ein Monopol seien, daß allen Interessenten Vorteile verspricht. Der Antrag der Unabhängigen:

> Der Ausschuß wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sofort die zwischen dem Reich und dem Verband deutscher Druckpapierfabriken, dem Verein ringfreier Druckpapierfabriken, dem Hartmann-Konzern über die Ausfuhr von Zeitungsdruckpapier geschlossenen Verträge zu veröffentlichen

wurde angenommen. Ebenfalls einige Anträge auf Einstellung der Einnahmen und Ausgaben des Reichsbeauftragten für die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr in den Etat.

Der Etat des Reichskohlenkommissars wurde genehmigt. Gegenüber dem Antrag der bürgerlichen Parteien, die im Etat geforderten 500 000 M. für den Ausschuß zur Untersuchung des Geschäftsgebahrens der Kriegsgesellschaften auf 300 000 M. herabzusetzen, wies Genosse Simon darauf hin, daß das eine Erschwerung der Untersuchung bedeute. Sie rufe den Eindruck hervor, daß den Herren jetzt nichts mehr an der Aufklärung gelegen sei, anscheinend hätten sie ein Haar in der Suppe entdeckt. Trotzdem wurde die Herabsetzung der Summe auf 300 000 M., gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Angenommen wurde ferner der Antrag:

> Die Reichsregierung zu ersuchen: bei den neuerlichen Verhandlungen über ein Kohlenabkommen mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß den dringenden Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft namentlich durch eine andere Regelung der Sortenfrage entsprochen, Deutschland die notwendige Menge hochwertiger Kohle belassen und die steigende Förderung der nordfranzösischen Gruben voll berücksichtigt wird.

Die Unabhängigen stimmten nicht für den Antrag, da die an allen möglichen Stellen erhobene Forderung nach der Revision des Spaa-Abkommens durchaus keinen Nutzen verspricht. Zumal dann nicht, wenn sie mit unrichtigen Angaben über die Kohlenversorgung Frankreichs versehen ist.

Gegen den Belagerungszustand in Bayern

Die Unabhängige Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen: der Reichstag verlangt, daß die von der bayerischen Regierung auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 für Bayern getroffenen Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden.

Die Gemeinderatswahlen in England

Kein Mißerfolg der Arbeiterpartei

HN. Haag, 17. November.

Aus dem endgültigen statistischen Material über die englischen Gemeinderatswahlen, das nunmehr eingetroffen ist, ergibt sich, daß der ursprüngliche Eindruck, als hätte die Arbeiterpartei eine Niederlage erlitten, durchaus falsch ist. Ziffernmäßig hat die Arbeiterpartei sogar gewonnen. Aber die Wahldistrikte und die Wahlbestimmungen haben ein so ungünstiges Ergebnis für sie gezeitigt. Der „Common Sense" weist erläuternd auf Liverpool Leeds und Bradford hin. In Liverpool haben 67 874 Konservative 28 Sitze erhalten, 15 813 Liberale 5 Sitze und 31 141 Anhänger der Arbeiterpartei, infolge der Wahlordnung keinen einzigen Sitz. In Bradford waren nur einmal 3 Kandidaten aufgestellt, von denen jeder Wähler nur zwei wählen durfte. In 22 Wahldistrikten fand überhaupt keine Neuwahl statt. Trotzdem die Arbeiterpartei die größte Anzahl der abgegebenen Stimmen hatte, erzielte sie keinen einzigen Sitz. Während die kleineren Parteien verschiedene Sitze erhielten, so die Konservativen 12. In einigen Fällen, erklärt das Blatt zusammenfassend, hat die bestehende Wahlmethode bewirkt, daß die Gemeinderatsmitglieder mit großen Verdiensten überhaupt nicht wiedergewählt worden sind.

Genossinnen, Genossen!

Durch die Befolgung der Moskauer Spaltungsparolen hatten die Neukommunisten gehofft, unsere Partei vernichten zu können.

Wochenlang vor dem Parteitag in Halle hatten die Geyer und Herzog in der „Hamburger Volkszeitung" frohlockt über das bevorstehende Ende der U. S. P.; und andere hatten es ihnen nachgebetet.

An dem gesunden Sinn der überwältigenden Mehrheit unserer Parteigenossen ist diese Absicht gescheitert.

Abgesehen von wenigen Orten stehen unsere Organisationen geschlossen zu uns. Wo von den besonnenen Genossen, irregeleitet durch den Lockruf der Neukommunisten, ihnen einige zunächst gefolgt waren, sind sie fast restlos zurückgekehrt, als sie deren wahre Absicht erkannten. Nur eine Anzahl Schreier sind abgesplittert.

Und ein Aufatmen geht durch unsere Partei!

Die Arbeitslust unserer Genossen, ihre Begeisterung für unsere große, gemeinsame Sache ist lebendiger denn je.

Opferwilligkeit und Entschlossenheit zeigten sich in schönster Weise.

Alte Genossen, die sich, angewidert durch das Treiben und Hetzen der verkappten Kommunisten von der Parteitätigkeit zurückgezogen hatten, stellen sich wieder mit in die ersten Reihen.

Sie wollen wieder mitarbeiten, werben und kämpfen für unsere Partei, die uns Schutz und Waffe sein soll bei unserem Ringen mit den Mächten des Kapitalismus und der Reaktion.

Allüberall zeigt sich frisches, pulsierendes Leben, Vertrauen zu dem gemeinsamen Werk und in die eigene Kraft.

Gehemmt wird diese Werbetätigkeit lediglich dadurch, daß an mehreren Orten, die Neukommunisten die Kasse und die Presse an sich gerissen haben.

Wo das geschehen ist muß einstweilen die Zentrale helfen.

Bei diesem Werk hat jedoch jedes Mitglied mit Hand anzulegen.

Wir richten deshalb an Euch alle, Genossinnen und Genossen, das dringende Ersuchen, außer Eurem Regelbeitrag eine Extrazahlung zu leisten.

Wenn jeder

den Ertrag einer einzigen Arbeitsstunde opfert,

wird es hinreichen, um unseren bedrängten Genossen der einzelnen Orte zu helfen.

Stets haben wir gelobt, mit unserer ganzen Persönlichkeit einzutreten, um die Arbeiterbewegung vorwärts zu treiben, unser Sinnen und Trachten, unsere gesammelte Kraft ihr zu widmen, und nun fordern wir lediglich eine einzige Arbeitsstunde von Euch.

Diese Forderung zu erfüllen wird niemand schwer fallen der in Arbeit steht, und selbstverständlich fordern wir sie nur von diesen, nicht von den Arbeitslosen.

Bei dem Geist, der gegenwärtig in unserer Partei herrscht werden alle freudig opfern, denn Liebe und Treue zur Partei sind aufs neue hell entfacht.

Durch Abstempelung im Mitgliedsbuch kann dieses Extraopfer durch die Ortsverwaltungen quittiert werden.

Die Gelder sind zu senden an die Genossen: W. Dittmann und Luise Zietz, Berlin C. 2, Breite Str. 8/9.

Große Kämpfe stehen unserer Partei, als der Führerin des revolutionären Proletariats, bevor. Sie in jeder Beziehung aktions- und schlagkräftig zu erhalten und unsere Organisation immer besser auszugestalten, ist heilige Pflicht aller Mitglieder.

Deshalb frisch ans Werk!

Der Erfolg lohnt die schnelle Tat!

Berlin, den 17. November 1920.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Riga, 17. November.

In Riga fand heute eine längere Sitzung der russisch-ukrainischen und polnischen Friedensdelegationen statt. Nach der Eröffnungsrede Dombskis drückte Joffe Lettland seinen Dank für die Gastfreundschaft aus. Ferner sagte Joffe:

Bei den endgültigen Friedensverhandlungen mit Polen konstatiert die russisch-ukrainische Friedensdelegation mit Genugtuung, daß diejenigen Reibungen und Mißverständnisse, welche an der aufrichtigen polnischen Friedensliebe Zweifel ließen, nunmehr geschwunden sind und begrüßt die soeben erfolgte Erklärung Dombskis, aus der hervorgeht, daß die polnische Friedensdelegation an die Arbeit herangehen will mit dem entschlossenen Willen, einen endgültigen Frieden zu erreichen. Rußland und die Ukraine haben ihrerseits keine Veranlassung zur Bezweiflung ihres aufrichtigen Strebens zum Frieden gegeben. Wenn Rußland und die Ukraine gezwungen sind, kategorisch zu erklären, daß sie irgendwelche Versuche, den Frieden zu umgehen, keinesfalls dulden werde, so betonen sie nochmals ebenso entschieden, daß ihre Politik von der Kriegskarte nicht beeinflußt wird, und daß sie in Momenten des Erfolges ebenso wie in Momenten des Nichterfolges ihren Verpflichtungen treu bleiben werden.

Jetzt, wo ein letzter starker Feind Rußlands und der Ukraine, General Wrangel, endgültig vernichtet und zur Kapitulation gezwungen worden ist, jetzt, wo auf den Mauern und Bastionen Sebastopols das rote Banner siegreich weht, jetzt, wo die Stunde endgültiger Vernichtung der meuterischen Banden des Balachowitsch, Sawinkow herangenaht ist, werden die Friedensverhandlungen unsererseits mit dem gleichen Wohlwollen in bezug auf das gesetzliche und normale Bedürfnis des polnischen Brudervolkes geführt werden, wie wir sie in den Waffenstillstands- und Vorfriedensverhandlungen geführt haben. Indem ich die kategorische Erklärung begrüße, daß Polen, eine selbständige Politik führend, vom Friedensweg nicht abweichen und alles aufbieten wird, um den Frieden zu einem dauernden zu machen, gebe ich der optimistischen Hoffnung Ausdruck, daß wir uns in Anbetracht der bereits erlangten Verständigung, auch im Friedensvertrag über sämtliche Grundlagen und über ökonomische Fragen verständigen werden. Diese Verständigung wird eine noch größere Verstärkung der Selbständigkeit polnischer Politik zur Folge haben und damit auch die Stärkung der allgemeinen Friedenssache überhaupt. In voller Aufrichtigkeit schließen wir uns dem Glauben des Vorsitzenden der polnischen Friedensdelegation an einen segensreichen Erfolg unserer Friedensarbeit an.

Das indische Gift. „Times" meldet, daß in Indien im vergangenen Jahre über 20000 Personen durch Schlangenbiß getötet worden sind.

Kartoffelnot und Kartoffelpreise

Die Debatte im Reichstag

Die vor der Vertagung des Reichstags abgebrochene Debatte über die Kartoffelversorgung fand in der gestrigen Sitzung statt. Der Zweck der deutschnationalen Interpellation war, die Aufmerksamkeit davon abzulenken, daß durch die Maßnahmen der Landwirte die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln gefährdet wird und die Preise ständig steigen. Obwohl die übrigen bürgerlichen Parteien sich diesen Standpunkt der Agrarier durchaus zu eigen machten, kann kaum gesagt werden, daß sie ihren Zweck erreichten. Sowohl der Rechtssozialist Feldmann als auch Genosse Hertz deckten die wahren Absichten der Deutschnationalen auf. Sie wiesen nach, daß die Vorwürfe gegen das Verhalten der Gemeinden in bezug auf die Lieferungsverträge unberechtigt seien und daß Handel und Landwirtschaft zu gleichen Teilen an der Hinaufschraubung der Preise für Kartoffeln schuldig sind.

Zu Beginn der Sitzung hatte die Regierung erklärt, daß sie bereit sei, die Sozialisierungsinterpellation sofort zu beantworten. Sie wird deshalb in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

•

Sitzungsbericht

Präsident Löbe teilt mit, daß der Abg. **Thabor** (Soz., 26. Wahlkreis) auf Grund des Urteils des Wahlprüfungsgerichtes aus dem Reichstage ausgeschieden ist. Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur **Einleitung eines Privatklageverfahrens** gegen die Abgg. **Dr. Breitscheid** (U. S.), **Dr. Heim** (Bayr. Volkspartei) und **Merkel** (U. S.) werden dem Geschäftsausschuß überwiesen. — Auf der Tagesordnung steht zunächst die sozialdemokratische Interpellation betreffend Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Reichswirtschaftsminister Scholz erklärt, daß die Regierung zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit sei. Präsident Löbe will die Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen. — Die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die gegenwärtige Wirtschaftskrise soll in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Der Reichstag tritt dann in die Besprechung der

Deutschnationalen Interpellation über die Kartoffellieferungsverträge

ein, die schon begründet und beantwortet worden ist.

Abg. **Feldmann** (Soz.): Von einer Hetze gegen die Landwirte kann keine Rede sein. Die Landwirte müssen schreien und immer wieder schreien. Dabei haben die Appelle an die Landwirtschaft, alles zu tun, um die Städte zu versorgen, bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft wenig Widerhall gefunden. **Die Landwirte haben alle Kartoffeln aufgespart und bieten nun die gesamten Vorräte auf einmal den Städten an.** Die Behauptung, daß der freie Handel die Kartoffeln verbilligen würde, hat sich als ein Irrtum erwiesen. Bei einem so guten Durchschnittsertrag, wie in diesem Jahre, könnte man wirklich billigere Preise verlangen. Die wiederholten Zusagen der landwirtschaftlichen Organisationen in den Verhandlungen mit den Reichsbehörden sind in bezug auf Berlin überhaupt nicht gehalten worden. Die Landwirtschaft hat zu allem andern vielfach noch Schnelligkeitsprämien verlangt. Aus dem besetzten Gebiet sind umfangreiche Verschiebungen nach Frankreich vorgekommen.

Abg. **Döberich** (D. V.): Die Landwirtschaft ist nicht in erster Linie schuld an den traurigen Versorgungsverhältnissen (sehr wahr b. d. D. V.). Die landwirtschaftlichen Organisationen haben große Verdienste um die Versorgung und die Senkung der Preise. Der wichtigste Faktor in der Kartoffelfrage ist wohl die Beschaffenheit des Bodens. Schlimm ist es, daß uns voriges Jahr die Saatkartoffeln abgenommen worden sind. Redner wendet sich dann gegen die Mittel, die gegen die Landwirte angewendet werden, und gegen den Wirrwar von Verordnungen in den einzelnen Ländern.

Genosse Hertz:

Nach dem Wortlaut der Interpellation ist ihr **Zweck** die Linderung der Notlage der städtischen Verbraucher. Aber sowohl der Ton, wie der Inhalt der Begründung ebenso wie die meisten Reden, haben keinen Zweifel daran gelassen, daß die Interpellanten einen ganz anderen Zweck verfolgen. Der Interpellant hat in seinen einleitenden Worten versichert, daß seine Freunde volles Verständnis für die Notlage der städtischen Verbraucher besitzen. Wenn er aber zugleich im Ton und mit der Miene eines strengen Staatsanwalts meinte, es könne nicht geduldet werden, daß die Ernährungsfrage geradezu zum politischen Sprengpulver gemacht werde, so stellt er große Anforderungen an unsere Naivität. Denn es bedarf wohl keiner weiteren Betonung, daß es nicht erst der Worte und der Reden bedarf, damit die durch die Ernährungspolitik der Regierung und der Mehrheitsparteien geschaffenen Verhältnisse auf beide Kreise der Bevölkerung aufreizend wirken. Dazu genügen vollkommen die nackten Tatsachen, insbesondere die, die in den letzten Monaten durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf den verschiedensten Gebieten geschaffen worden sind. Sie zeigen ganz eindringlich, daß eine

völlig einseitige Politik zugunsten der Produzenten

betrieben wird, eine Politik, die eine stetige Preisverteuerung zur Folge hat und damit eine Verschärfung der Not der großen Masse der Verbraucher.

Die Interpellation macht für die beiden Tatsachen: Mangel an Kartoffeln und die hohen Preise die Nichterfüllung der Lieferungsverträge der Kommunalverbände, den Zwang gegen die Landwirtschaft und die ungenügende Wagengestellung durch die Eisenbahnbehörden verantwortlich. Die Klagen über die ungenügende Wagengestellung sind übertrieben. Wenn gewisse Stockungen im Verkehr durch ungenügende Wagengestellung eingetreten sind, so ist das nicht nur die Folge der allgemeinen Zerrüttung unserer Verkehrsverhältnisse, sondern auch eine Folge der von ihnen (nach rechts) herbeigesehnten freien Wirtschaft im Kartoffelhandel. (Sehr wahr! b. d. U. S.) Früher waren die Transporte organisiert, wurden die kleinsten Verkehrswege ausgesucht, ein Ausgleich zwischen den nahegelegenen Produktions- und Bedarfsgebieten gesucht. Der freie Handel aber fragt nicht nach diesen allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Er berücksichtigt diese notwendige Oekonomie im Verkehrswesen nicht und schafft deshalb die Stockungen in der Zufuhr für die Verbrauchsbezirke. In diesem Jahre ist ein

wesentlich stärkerer Verbrauch an Kartoffeln

eingetreten, denn die Massen leben heute allein von Brot und Kartoffeln. Um so härter trifft sie jede Stockung in der Kartoffelzufuhr und jedes Steigen der Preise. Die Kontrolle, der Transport durch die Eisenbahner, ist notwendig, soweit sie die unzulässige Ausfuhr der Kartoffeln nach dem Auslande zu verhindern sucht. Und ich stehe nicht an, zu erklären, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern das ganze deutsche Volk den Eisenbahnern für die Erfüllung dieser Pflicht Dank wissen muß (Lebh. Zustimmung bei den U. S.), denn die Behörden haben auf diesem Gebiet vollkommen versagt. Der Vorredner hat ja aus seiner Erfahrung zugeben müssen, daß in Ostpreußen viele Kartoffeln über die Grenze gebracht werden. Was gedenkt das Landwirtschaftsministerium zu tun, um die Ausfuhr von Kartoffeln aus Langenkrausau in der Mark über die holländische Grenze zu verhindern? Wenn versichert wird, daß die Landwirte nur durchaus uneigennützig handeln, so entsteht doch die Frage, aus welchen uneigennützigen Gründen sorgen denn die Landwirte für die ausländische Bevölkerung besser als für die deutsche? (Sehr gut! b. d. U. S.) Auch Vieh wird in großem Umfange über die Grenze verschoben.

Von den vielen terroristischen Akten gegen die Landwirte, von denen die Interpellation spricht, bleibt doch nur übrig der eine Fall Grünberg. Er ist bedeutungslos gegenüber den zahlreichen Fällen, in denen die Landwirte durch unerhörte Preissteigerungen die Bevölkerung aufs schärfste gereizt haben.

Zweck und Entstehung der Lieferungsverträge ist vollkommen falsch dargestellt worden.

Die Lieferungsverträge sollen eine Notreserve darstellen für die Zeiten, in denen in den Städten Mangel an Kartoffeln herrscht. Die Landwirte aber wollten durch sie das Risiko, **das der freie Handel ihnen auferlegt, auf die städtischen Verbraucher abwälzen.** Das zeigt, daß das Chaos, in das die freie Wirtschaft unsere Ernährungsverhältnisse hineingestürzt hat, selbst ihnen, den Verfechtern des freien Handels, bewußt wird, daß sie aber die Absicht haben, alle aus ihm entstehenden Lasten auf die Verbraucher abzuwälzen. Die Weigerung der Städte zur Abnahme von unhaltbaren Frühkartoffeln war vollkommen berechtigt. Wo die Städte gegenüber den Forderungen der Agrarier nicht die nötige Energie aufgebracht haben, mußten die städtischen Steuerzahler die Lasten aus dem Verderb und dem Schwund der Kartoffeln tragen. Die Kommunalverbände haben infolge mangelhafter, hinter den Vertragsbedingungen zurückbleibender Qualität der Kartoffeln nicht unbeträchtliche Verluste erlitten. Die Städte waren also nicht zu rigoros in der Abnahme, sondern zu wenig rigoros.

Von keiner Seite ist der vergebliche Versuch unternommen worden, zu bestreiten, daß beim Verkauf von Kartoffeln Wucherpreise genommen werden. Streit herrscht nur über die Schuldigen daran.

Handel und Landwirtschaft bezichtigten sich gegenseitig.

Es ist aber unwahr, daß die Landwirte gezwungen werden müssen, höhere als die vereinbarten Preise zu nehmen. Die Landwirte selbst fordern die höheren Preise. Der Pächter der Domäne Jankowitz forderte bereits am 22. September für 5000 Zentner Kartoffeln den Preis von 30 M. ab Verladeort. (Hört! hört! bei den U. S.) Die landwirtschaftlichen Organisationen halten den vereinbarten Lieferpreis von 25 M. pro Zentner nicht inne. Es ist bezeichnend, daß der Landwirtschaftsminister zur Rechtfertigung der geltenden Preise sich auf die vorjährigen gesetzwidrigen Schleichhandelspreise berufen hat. Die Preise für Kartoffeln sind bewußt über die Produktionskosten hinaus festgesetzt worden. Selbst der frühere preußische Landwirtschaftsminister, Herr v. Schorlemer-Lieser, hat darauf hingewiesen, daß ein Preis von 15 bis 20 M. **vollkommen ausreichend sei,** um die Produktionskosten der Landwirtschaft zu decken. Das Ernährungsministerium hat den Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses auf Herabsetzung des Preises auf 25 M. nicht ausgeführt, wie es seine Pflicht gewesen wäre. (Hört! hört!)

Von der Notstandsaktion haben die städtischen Verbraucherbezirke bisher nicht das geringste verspürt. Wir möchten gern einmal eine genaue Aufstellung über die Mengen haben, die die Landwirtschaft zu verbilligten Preisen abgegeben hat. Die Oeffentlichkeit würde bald sehen, daß die Notstandsaktion Schwindel ist. Bei der Beratung des Ernährungsetats im Haushaltsausschuß hat ja auch der Abg. Roesicke offen erklärt, **daß die Landwirte nicht daran denken, die Summen, die sie bei der Notstandsaktion zulegen, aus ihrer eigenen Tasche zu bezahlen.** (Hört! Hört! bei den U. S.)

Auch mit der Bekämpfung des Wuchers ist es den bürgerlichen Parteien nicht ernst. Ein Antrag der sozialdemokratischen Parteien im Volkswirtschaftlichen Ausschuß, der dem Wucher energisch zu Leibe gehen wollte, wurde von ihnen abgelehnt.

Die jetzige Not ist die Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln und für Fleisch.

Die Verfütterung der Kartoffeln hat wesentlich zugenommen, die Landwirte haben für ihr Vieh größere Liebe als für den Menschen. Von der Not der städtischen Verbraucher reden die Landwirte nicht. Im Haushaltsausschuß aber haben sowohl der Abg. Roesicke wie der Abg. Dusche erklärt, die Landwirte denken nicht daran, ihr Vieh verhungern zu lassen. **Von der Not der Massen aber sprechen sie nicht.** Wie wenig die Landwirtschaft daran denkt, die Versprechungen zu erfüllen, die sie vor der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln und Fleisch abgegeben hat, das zeigen die unerhört geringen Zahlen über den Eingang an Brotgetreide, die Ablieferung beträgt gegenwärtig nur fast ein Zehntel der Mengen des vergangenen Jahres. (Hört! Hört! bei der U. S.) Deshalb ist die Brotversorgung der Bevölkerung aufs höchste gefährdet. Niemand weiß, woher die Mittel für einen Einfuhrbedarf von 1,6 Millionen Tonnen, die mindestens 12 Milliarden Mark kosten, genommen werden sollen. Trotzdem hören wir nur schöne Redensarten, aber keine Maßnahmen, die uns eine Besserung erwarten lassen.

Das Vertrauen der städtischen Verbraucher auf die Maßnahmen der Regierung ist längst enttäuscht worden. Die Regierung hat ihr bessere und billigere Versorgung in Aussicht gestellt. Wir haben aber jetzt eine schlechtere Versorgung, eine teuere Versorgung, und es winkt uns die Einstellung der Versorgung überhaupt. Die Massen stehen deshalb den Erklärungen der Regierung mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüber. Wir haben ein Ministerium für die Landwirtschaft, aber gegen die Ernährung. Wir fordern deshalb an Stelle der einseitigen Produzentenpolitik eine Ernährungspolitik, deren leitender Gedanke die ausreichende und billige Versorgung der Masse der städtischen Verbraucher ist. (Lebhafter Beifall bei den U. S.)

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.): Es war ein großer Fehler der Städte, Lieferungsverträge nicht in größerem Umfange abzuschließen. Die drei schwierigen Fragen der Beschaffung von Saatgut, Düngemitteln und Arbeitskräften müssen unbedingt gelöst werden. Mit Ausnahme der Zwangsbewirtschaftung für Getreide ist jetzt keine Zwangswirtschaft mehr durchführbar, am wenigsten für Kartoffeln.

Abg. **Thomas** (U. Soz. links): Die mangelhafte Kartoffelversorgung ist nur ein einziges Anzeichen der schiefen Ebene, auf der wir uns befinden. **Besser ist es für die Erzeuger geworden und schlimmer für die Verbraucher.** (Sehr richtig.) Erhöhung oder Verminderung der Produktion ist ganz unabhängig von der freien Wirtschaft. Wenn Gewalttätigkeiten vorgekommen sind, dann nur aus Hunger. (Sehr richtig.)

Abg. **Schiele** (D. N.): Die freie Wirtschaft wird auch von den Verbrauchern gefordert. Die Produktionskosten sind gestiegen, daher sind höhere Kartoffelpreise notwendig, dasselbe ist auch beim Getreide der Fall.

Reichsernährungsminister **Hermes**: Wir waren der Meinung, daß bei uns der Zwangswirtschaft ein Ende gemacht werden müsse. Wenn nicht heuer, dann nächstes Jahr unter vielleicht viel ungünstigeren Verhältnissen.

Eine Beschränkung der Exekutivgewalt tut not.

Sie möge auf diejenigen Gebiete beschränkt bleiben, wo sie notwendig ist. **Wir müssen zur** Produktionspolitik gelangen und statt niederzureißen, endlich einmal aufbauen. Die Lage bessert sich, so z. B. haben wir vom 1. September bis 5. November mehr als 29 Millionen Zentner Kartoffeln gegenüber dem Vorjahre bewegt. Wir wollen zur Bekämpfung des wilden Handels den Kartoffelhandel konzessionieren. Von einem Kartoffelbeirat versprechen wir uns nichts. Die Durchführung des Höchstpreises von 25 M. hätte nur ein weiteres Anziehen der Schleichhandelspreise zur Folge gehabt. **Eine halbe Milliarde für Düngemittel** zu gewähren, ist unmöglich, denn ohne Preissenkung wäre es nur eine Liebesgabe für die Landwirte.

Damit schließt die Besprechung. — Freitag, 1 Uhr: Interpellation [illegible] und Müller-Franken (Soz.) über Kapitalverschiebungen nach dem Ausland.

Große Sonderverkaufstage

in allen Abteilungen

Trikotagen

Normal-Hemden wollgemischt Stck. 39⁰⁰
Normal-Hosen wollgemischt . . . Stck. 38⁵⁰
Normal-Hosen Kamelhaarfarbe Stck. 29⁵⁰
Futter-Hosen starke Qualität . . Stck. 49⁵⁰
Normal-Kinder-Trikots Stck. 26⁰⁰-39⁰⁰
Damen-Schlupf-Höschen alle Farben . . . . . Stck. 28⁵⁰

Handschuhe

Damen-Trikot-Handschuhe mit Futter . . . . . Paar 14⁵⁰
Damen-Handschuhe, Schwed. imit., m. Futter Paar 24⁵⁰
Damen-Strickhandschuhe Paar 15⁵⁰
Herren-Trikot-Handschuhe . . . . . Paar 18⁵⁰
Herren-Handschuhe Schwed. imit., m. Futter Paar 24⁵⁰
Strickhandschuhe für Kinder . . . . . Paar 5⁷⁵ bis 9⁷⁵

Hemdentuch 80 cm breit . . . . . Mtr. 14⁹⁰
Linon 80 cm breit . . . . . Mtr. 17⁵⁰
Fertige Bezüge Bezug und 2 Kissen, zus. 147²⁵
Molton für Decken u. Laken, 140 cm breit, Mtr. 29⁵⁰
Schotten für Blusen und Kleider . . . . Mtr. 36⁵⁰
Kostüm-Stoffe gute Qualität . . . Mtr. 29⁵⁰
Reinwollener Serge doppelt breit Mtr. 78⁵⁰
Cord-Samt für Kostüme und Anzüge . Mtr. 69⁵⁰
Gardinenmull . . . . . Mtr. 9⁵⁰
Gardinen vom Stück, 100 cm breit . . . Mtr. 19⁵⁰
Hauben-Netze aus natürl. Haar . . Stück 1⁹⁵
Stirn-Netze aus natürl. Haar, 40/40 . Stück 2⁹⁵
Abgepaßte Schleier m. bunt. Vordüre St. 9⁷⁵
Ball-Fächer . . . . . Stück 2⁹⁵
Matrosen-Garnituren a. blauem Stoff 9⁷⁵

Konfektion

Wintermantel mollig und fesch . . 145⁰⁰
Hauskleid einfarbig, bunt bestickt . . 115⁰⁰
Flanell-Bluse Sportfasson 49⁰⁰
Kleiderrock fester Stoff 24⁰⁰

Strümpfe

Damen-Strümpfe engl. lang, schwarz u. leder . . Paar 8⁹⁵
Damen-Strümpfe englisch lang, beste Macco-Ware Paar 14⁵⁰
Damen-Strümpfe engl. lang, feinster Flor . . . Paar 27⁵⁰
Damen-Strümpfe englisch lang, reine Wolle . . Paar 29⁵⁰
Herren-Schweiß-Socken Paar 6⁷⁵
Kinder-Strümpfe . . . von 4²⁵ bis 9⁵⁰

Hausschuhe

Damen-Kamelhaar-Schlüpfer mit Ledersohle 24⁹⁰
Damen-Kamelhaar-Umschlagschuhe mit Ledersohle . 36⁵⁰
Damen-Kamelhaar-Schnallenstiefel mit Ledersohle . . 42⁷⁵
Kinder-Kamelhaar-Schlüpfer Gr. 30/35, mit Ledersohle . 21⁷⁵
Kinder-Kamelhaar-Schnallenstiefel Gr. 21/24 m. Lederf. 25⁷⁵
Unternähsohlen für Herren und Damen Paar 2⁹⁵

Warenhaus Wilhelm Stein

Chaussee-Straße 70/71

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: **Kabale u. Liebe**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ Uhr: „Perikles von Tyrus"

Proletarisches Theater Wielefstraße 24 Freitag, abends 7½ Uhr: **Alte Feinde** v. Maxim Gorki.

Staatstheater. Opernhaus 7½ Uhr: **II. Sinfonie-Konzert** Schauspielhaus 7 Uhr: **Die Journalisten** Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7½ Uhr: Einsame Menschen **Kammerspiele** 7 Uhr: Er ist an allem schuld Hierauf: Die Spieler Der Heiratsantrag **Großes Schauspielhaus** Karlstraße 1 Uhr: Europa (außer Abonnement)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.** ½8 Uhr: **Erdgeist** (Orska, Steinrück) Sonnabend: Rausch (Orska, Abel, Niemann, Richard, Baldrich, Dornburg, Römer). Sonntag: Rausch **Komödienhaus** ½8 U.: Die Sache mit Lola mit Max Pallenberg (Josefine Dora a. G., Arnold Wagner, Picha, Haskel, Stieda, Kiper) **Berliner Theater** Allabendlich 7 Uhr: Die spanische **Nachtigall** mit **Fritzi Massary** (Erik Wirl, Hans Waßmann, Julius Brandt, Emmy Sturm, Olga Engl)

Apollo-Theater Friedrichstr. 218 **7½ allabendlich 7½ Harems-Nächte** Sonntags 3½ U. 1 Kind frei.

Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky Heute bis Montag 7½ Uhr **Flamme** (Dursch, Grüning, Klein-Rogge, Podeli) **Deutsch. Künstl.-Theater** Allabendlich 7½ Uhr: **Die Scheidungsreise** (Max Adalbert, Trude Hesterberg) **Neues Operettenhaus** Direktion Jean Kren 7 Uhr: **Die Csikósbaroness** Operette in drei Akten nach einem Motiv Petőfis von Fritz Grünbaum. **Th. am Nollendorfplatz** 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht ... Sonnt. nachm. Der Zigeunerbaron

Rose-Theater 7½ Uhr: **Heimat**

Residenz-Theater (Bahnhof Jannowitzbrücke) Untergrundbahnhof Klosterstr. Täglich: ½8 Uhr: **Die Freundin** Sonntag 4 U.: Die Freundin.

Trianon-Theater Bahnhof Friedrichstraße Täglich ½8 Uhr: **Der Roman einer Frau** Stg. 4: Der Roman einer Frau.

½8 **Casino-Theater** ½8 Der Fehltritt einer Frau. Volkstück in 4 Bildern

Walhalla-Theater Tägl. 7½, Stg. 3½ u. 7½ Uhr: Der schöne Wilhelm Heinrich amüsiert sich!

½8 **Folies Caprice** ½8 Sanatorium Steinach Der gehornte Siegfried mit Ferd. Grünecker.

Königstadt-Theater Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb. Täglich 7.30 U.: **Gala-Sänger**

Theater am Nollendorfplatz Tel. Moritzplatz 14814. Tägl. 7½, a. Sonntag nachm. 3 Uhr: **Elite-Sänger** Heute neues PROGRAMM! Nervenag. Solotzjl! Zum Schluß der lustige Einakter: „Ein Abenteuer i. Milwaukee" Vorverkauf: 11—1½ u. 4—6 Uhr.

Ein Haupttreffer!

Die gute MASSARY ROAL ZIGARETTE

Urteilen Sie selbst!

Walhalla Theater a. Rosenthaler Pl.
Täglich 7½ Uhr: Sonntags 3½ u. 7½ Uhr: Die beiden letzten **Hartstein-Schlager** Der schöne Wilhelm vorher: Heinrich amüsiert sich! Außerdem das erstkl. Varieté-Progr.

Concordia-Palast-Theater 64 Andreasstraße 64 Flimmschau: „Weltbrand" „Anständige Frauen" Bühnenschau: Georg Busse Harry Piel

METROPOL VARIETÉ-KABARETT Bernauerstraße 64. 12 Attraktionen

Wer reell bedient sein **will** und den richtigen Preis erzielen, dann **verkaufen** Sie Ihr **Gold-** bruch und Gegenstände **Silber-** bruch und Gegenstände **Platin** Brennstifte und Kontakte **Gebisse** auch zerbrochene und einzelne **Zähne** nur bei **J. Herz** Fehrbellinerstr. 52 Nähe Brunnenstraße Humboldt 439

Spezial-Arzt Dr. Skoott für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Hernleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Syphilis komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kur. **Dir.: Löser senior** Institut „Löser" geöff. 9—1, 4—8, Stg. 9—1, **Nur Rosenthaler Str. 69-70** Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, Bestrahlungen mit Höhensonne, Blau- u. Finsen-Licht: in der Heil-Anst. „Löser", **Dir. O. Löser,** Münzstr. 9 nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

In 1 Stunde befreit. Sie uns. Garantie jede **Läuse-Plage** auch Flöhe f. Brut (Nisse) bei Mensch, u. Tier m. m. ges. gesch. Mittel **Eskalda.** Für Haut u. Haar unschädlich. In haben in Berlin bei den Drogisten C. Ohm, Moabit 21, Waldeuferstr. 18, Klopsch, NO 43, Linienstr. 8, A. Prager, C, Neue Promenade 2, Patzel, Charl. Wilmersdorfer Str. 155, Central-Drogerie, Dresdener Str. 18, L. Horn, W 9, Linkstr. 44, Fritz Krak, N, Reinickendorfer Str. 119, Humboldt-Drogerie, N, Brunnenstr. 90, Otto Haan, Pankow, Breitestr. 40, Franz Hempel, N, Schönhauser Allee 82, Grüner Drogerie, Wedtensee, Berliner Allee 19. Berreter N. Mattick, N, Kastanienallee 78. Weitere Wiederverkäufer gesucht.

Keine Frau sollte versäumen, ausführlichen Prospekt über hygienische Artikel kostenlos einzufordern. Auf Wunsch sachgemäße Beratung. **Frau B. Koopmann, Berlin 218,** Potsdamer Straße 104

Spez.-Beh. nur für **Ischias** in Hüft-, Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen bes. seit. w., hierüber unentgeltl. Heilerf. bestätig. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 9—3. **Jacoby**

Bei **Husten** Heiserkeit, Asthma u. Lungenleiden sind San.-Rat Dr. Wegscheiders **Brust-Tee** sowie Tropfen u. Pastillen seit Jahren ärztlich empfohlen und bewährt. ½ Kur 16.50, ½ Kur 24.— Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 191 Leipziger Straße 74 (Dönhoffpl.)

Goldbruch, Silberbruch, Brillanten, Zahngebisse, Quecksilber, Platin kauft **John,** Chausseestr. 110, Portal I. r. I, nahe Invalidenstr. — **Schubert,** Körnerstr. 53, nahe Blücherstr. u. Zimmerstr. 81a, Ecke Friedrichstr., Laden

KURT WOLFF VERLAG MÜNCHEN

Soeben erschien:

Carl Sternheim

Berlin

oder

Juste milieu

Auflage 50000

Gebunden M. 12.50 / Geheftet M. 7.—

*

Die Erledigung der Reichshauptstadt durch Carl Sternheim, der als unerbittlichster und aufrichtigster Richter dieser Zeit deren tot-geschwiegensten Dichter ist.

Verlangen Sie in Ihrer Buchhandlung!

Münzen :: Briefmarken kauft Großmann, Johannisstr. Norden 106 21.

Mein Haarausfall hat vollkommen aufgehört. Seit Jahren gingen mir dicke Strähnen aus, und das wenige Haar war ganz dünn. Da hörte ich v. Ihrem Haar-Kraftwasser, nach kurzem Gebrauch zeigte sich neues Wachstum. Es grenzte a. das Wunderbare! So schreiben viele über Reichels Haar-Kraftwass. M. 9,— u. 15,—. „Die rationelle Haarpflege" kostenfrei. Otto Reichel, Berlin 46, SO, Eisenbahnstraße 4.

Gollnowstr. 5 zahlt für sämtliche **Altmetalle** nach wie vor weit über Tagespreis

Metalle Quecksilber Zinn Weißlager kaufen laufend Schulzendorfer Straße 2 Kösliner Straße 6 Swinemünder Str. 1 Kurfürstenstraße 9 nahe Potsdamer Straße Neukölln, Schillerpromenade 25

Metall-ankaufsstelle Osten Grüner Weg 50 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, :: Blei Zink usw. ::**

Genossen beachtet unsere Inserenten!

Nachklänge zum Elektrizitätsstreik

Vertrauensvotum für Wermuth.

Die bürgerlichen Parteien in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hatten zu gestern einen Vorstoß gegen den Magistrat und besonders gegen den Oberbürgermeister vorbereitet. Sie benutzten den Streik der städtischen Arbeiter insbesondere den der Elektrizitätsarbeiter zu ihrem Zweck. In der Presse war der Boden gut vorbereitet worden, auf dem im Rathause gefochten werden sollte. Noch im gestrigen Abendblatt wandte sich das „Berliner Tageblatt“ gegen den Oberbürgermeister Wermuth und machte ihm, nach einer Rede des Stadtrats Löhning in einem demokratischen Verein, den Vorwurf, daß Wermuth sich im Magistrat an die Seite der unabhängigen Magistratsmitglieder gestellt habe, die sich gegen das bekannte Ultimatum gewendet hätten. Wermuth habe bei der Abstimmung mit den Unabhängigen gegen das Ultimatum gestimmt.

Zu diesem Gegenstande lagen gestern eine Reihe von Anträgen vor.

Die Stadtverordneten Dr. Schneider und Genossen (Dnatl.) wollten das Verhalten der städtischen Verwaltung in Sachen dieses Streiks auf das schärfste gemißbilligt wissen. Sie beantragten: Zur Feststellung der Schuldigen und ihrer straf- und zivilrechtlichen Verantwortlichkeit einen Untersuchungsausschuß von 25 Mitgliedern einzusetzen.

Die Stadtverordneten v. Eynern, Hallensleben u. a. (D. Vp.) wünschten die Niedersetzung eines 15gliedrigen Ausschusses, zwecks Feststellung des Tatbestandes und Berichts an die Versammlung.

Aus der Mitte der Versammlung gingen noch mehrere Anträge ein.

Ein Antrag Gaebel und Genossen (l. U.) will den Magistrat ersuchen, festzustellen, wie groß die finanzielle Belastung sein würde, die der Stadt Berlin erstanden wäre, wenn die Forderungen der Elektrizitätsarbeiter bewilligt worden wäre; ferner: wie groß der Verlust an Einnahmen der Straßenbahn etc. zu bewerten ist; wie groß der finanzielle Schaden ist, der durch das Eingreifen der technischen Nothilfe in Gestalt von Beschädigungen, Diebstahl etc. (Oho! Unruhe!) entstanden ist; welches waren die Kräfte im Magistrat und in den städtischen Werken, die den Streik verschuldet und durch ihr starres Verhalten die Streikenden erbittert und die Lage verschlimmert haben? (Unruhe.) Endlich wird angefragt, was der Magistrat gegen diese Magistratsmitglieder und gegen die Einbrecher und Diebereien der technischen Nothilfe zu tun gedenkt. (Oho!)

Die Stadtv. Heymann (S. P. D.), Dörr (l. U.) und Dr. Weyl und Genossen (r. U.) brachten einen Antrag ein, in welchem dem Oberbürgermeister Dank und Anerkennung gesagt werden sollte für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste der notleidenden Bevölkerung. (Lärm rechts. Beifall links.)

Stadtv. Merten und Gen. (Dem.) beantragten, festzustellen: 1. die finanziellen Schäden, die der Stadtgemeinde Berlin durch den Streik der Elektrizitätsarbeiter entstanden sind; 2. welche Schäden an Leben und Gesundheit der Einwohner, insbesondere in den öffentlichen Krankenanstalten entstanden sind; 3. die Sabotage-Fälle, damit deren Urheber zur Verantwortung gezogen werden können und dann 4. um Aufklärung darüber, warum nicht rechtzeitig durch Eingreifen der Technischen Nothilfe, die durch den Streik in den lebenswichtigen Betrieben für die Gesamtbevölkerung Berlins entstandenen verderblichen Nachteile vermieden worden sind; 5. die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, daß bei künftigen Streiks in lebenswichtigen Betrieben sofort ausreichende Nothilfeschritte zur Abwendung von Gefahren für die Bevölkerung bereitgestellt werden.

Endlich lag ein Antrag vor: von jeder Maßregelung aus Anlaß des Streiks der Elektrizitätsarbeiter abzusehen. (Lärm.)

St.-V. Rüffer (D. N., christl. Gewerkschaftssekretär) bezeichnet vom Arbeiterstandpunkt aus, die Forderungen der Elektrizitätsarbeiter im Hinblick auf die Finanzlage der Stadt als ungerecht, egoistisch und unsozial. Es kann gewerkschaftlich nicht scharf genug gebrandmarkt werden, daß die Straßenbahner aus falscher Solidarität den 2000 Elektrizitätsarbeitern Hilfe leisteten. Der Streik war schon bei Beginn von der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft gerichtet. Sehr übel ist in der Bürgerschaft das Verhalten des Magistrats vermerkt worden. Die Stimmung gegen den Magistrat, insbesondere seine Spitze, ist höchst gereizt. Ob das berechtigt oder unberechtigt ist, muß in einem Ausschuß geprüft werden.

Bürgermeister Ritter bespricht in längerer Rede die psychische Verfassung des Arbeiters, gibt eine Darstellung der Tarifverträge und glaubt, daß zunächst ein Preisabbau der Lebensmittel erfolgen müsse. An die Rechte richtet er die Mahnung, auf ihre Anhängerschaft einzuwirken. Amtlich sei ihm zur Kenntnis gekommen, daß die schweizerischen Landwirte Klage führen, daß Unmengen von Kartoffeln über die Grenze kommen. Die ersten Forderungen der Arbeiter hätten die Ausgabenetats der Stadt um 245 Mill. Mark erhöht. So unhaltbar sei die Finanzlage Berlins nicht, wie es die Presse darstelle. Es lasse sich immer noch ein Ausweg finden. Diesen glaubt der Magistrat in dem Schiedsspruch gefunden zu haben. Wenn die Elektrizitätsarbeiter gewerkschaftlich gesund erzogen gewesen wären, hätte kein Anlaß bestanden, in jener Nacht die Arbeit niederzulegen. Auch die Herren der Rechten hätten die 50 Pfg., wie sie erklärten, bewilligt. Nur durch das Wirken des Magistrats und der Gewerkschaften sei eine Ausdehnung des Streiks verhindert worden. Auf den Außenstehenden mag der Verlauf der Dinge den Eindruck der Schwäche seitens des Magistrats erweckt haben. Das Gegenteil sei der Fall. Mit Schärfe hätten wir den Hahn auf das Dach gesetzt. (Zustimmung. Ruf: Generalstreik!) Schließlich weist der Redner die Vorwürfe gegen den Oberbürgermeister zurück.

Nach der Rede des Bürgermeisters Ritter wurde ein Antrag auf Vertagung der weiteren Aussprache angenommen. Sie soll, da noch elf Redner verzeichnet sind, am nächsten Donnerstag an erster Stelle fortgesetzt werden.

Die auf der Tagesordnung stehende Vorlage betr. die Erhöhung des Tarifs für die Straßenbahn wurde einem besonderen Ausschusse überwiesen. Vorsteher Dr. Weyl bemerkte hierzu, daß die Berliner Bürgerschaft erfreut sein wird, zu hören, daß sie morgen noch nicht 80 Pf. für die Tour auf der Straßenbahn zu zahlen hat. Die Vorlage wird zunächst im Ausschusse sorgfältig geprüft werden.

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Gewerkschaftliches

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins

Ueber zwei Wochen streiken die Angestellten des Groß-Berliner Textilgroßhandels. Neue Verhandlungen über Lohnforderungen sollen nach Meinung der Unternehmer erst stattfinden, wenn die Angestellten bedingungslos den Streik abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen haben. Eine ungeheuerliche, provozierende Zumutung! Nur die Solidarität aller Arbeitnehmer Groß-Berlins kann hier helfen. Wir werden jetzt von uns aus versuchen, Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zu erreichen. Sollte auch dieses den Standpunkt der Unternehmer teilen, müssen weitere energische Maßnahmen getroffen werden.

Arbeiter und Angestellte! Haltet Euch zur Unterstützung bereit!

Berlin, den 18. November 1920.

Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend.
Im Auftrage: Sabath.
Aufa, Ortskartell Groß-Berlin.
Flatau. Liebeskind. Reinsberg.

Der Streik im Textilgroßhandel

Am Donnerstag, den 18. d. Mts. versammelten sich die Streikenden und nahmen nach der Berichterstattung über die Lage folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Vollversammlung der Streikenden im Berliner Textilgroßhandel erklärt, daß ein Abbruch des Streiks nicht eher in Frage kommt, ehe die Angestellten nicht die Sicherheit haben, daß auch den Lebigen diejenigen Zugeständnisse gemacht werden, die ihnen eine Existenz ermöglichen. Die Angestellten sind jederzeit zu Verhandlungen bereit, können sich aber auf bloße Versprechungen nicht einlassen, zumal sie in früheren Lohnbewegungen hiermit schlechte Erfahrungen gemacht haben. Die Angestellten, einmal zum Kampf gezwungen, sind entschlossen, auszuharren, bis ihre Ziele erreicht sind.“

Die Zentral-Streikleitung.

Lohnbewegung der Buchbinder in Buchdruckereien

Das Lohnabkommen mit dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer vom 8. Juni ist am 31. August 1920 abgelaufen und wurde stillschweigend verlängert bis zum 31. Oktober 1920. Am 6. November 1920 wurde den Unternehmern von seiten des Verbandes der Buchbinder die Forderungen der Arbeitnehmerschaft unterbreitet. Dieselben Sätze, wie sie den Buchdruckern bzw. Hilfsarbeitern an neuen Zulagen gewährt wurden, wurden gefordert.

Wer da glaubte, daß die Herren auch heute noch den Standpunkt vertreten wie im Juni 1920, auf keinen Fall die Buchbinder in ihren Häusern niedriger zu entlohnen als das übrige Personal, hat weit gefehlt. Was damals Selbstverständlichkeit war, ist heute ausgeschlossen. Man bietet der Kollegenschaft die monatlichen Entschädigungen, wie sie in reinen Buchbindereien gezahlt werden. Damit würde sich unsere Kollegenschaft in ihren Löhnen weit unter die Buchdrucker bzw. Hilfsarbeiter stellen. Die sich mit diesem Angebot beschäftigende Branchenversammlung am 15. November nahm folgende Resolution an:

„Die heute in den Zentral-Festsälen versammelte Buchbindereiarbeiterschaft der Buchdruckereibetriebe lehnt das Angebot der Unternehmer ab, welches dahin geht, sie noch unter die Buchdrucker bzw. Hilfsarbeiterinnen zu entlohnen. Die Versammelten sind der Auffassung, daß im gleichen Hause beschäftigte Arbeiter dieselben Pflichten zu erfüllen haben, daher auch dieselben Rechte in Anspruch nehmen können. Sie beauftragen die Branchenleitung, mit den Buchdruckereibesitzern nochmals in Verhandlungen einzutreten, um die gleichen Zulagen zu fordern, wie sie den Buchdruckergehilfen bzw. den Hilfsarbeiterinnen zugebilligt worden sind.

Im Falle der Nichtbewilligung behalten sich die heute Versammelten die weiter einzunehmenden Schritte vor.“

Diese Forderungen wurden nochmals an die Unternehmerschaft gestellt und um neue Verhandlungen bis Freitag ersucht. Am Freitag nachmittag, pünktlich 3 Uhr, nimmt im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Gesamtkollegenschaft aller in Buchdruckereien Beschäftigten zu der Sachlage Stellung.

Wegen Saalkalamität konnte eine andere Zeit nicht gewählt werden, es wird also ersucht, pünktlich zur angegebenen Zeit sich vollzählig einzufinden.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer Geschäftsstelle Groß-Berlin. Die Urabstimmung über die Beitragserhöhung findet am Sonntag, den 21. November 1920, in den Bezirkslokalen, in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vorm. und 4 bis 7 Uhr nachm., statt. Wir bitten die Kollegen sämtlich an der Urabstimmung teilzunehmen. Die Stimmzettel usw. werden in den Bezirkslokalen ausgegeben.

Die Ortsverwaltung.

Betriebsräte U. S. P. D.

Richtung Crispien — Ledebour

Freitag, den 19. November, abends 6 Uhr, Borussia-Säle, Ackerstraße 6-7

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Hilferding: Sozialisierung und Betriebsräte.
2. Stellungnahme zu dem Beschluß der Gewerkschaftskommission.

Es ist Pflicht aller Betriebsräte zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch der Partei und Betriebsrat-Ausweis legitimiert.

J. A.: Flesch.

Hunger

31]

Roman von Knut Hamsun.

Ich strich mit der Hand über ihren Mantel und bürstete den Schnee herunter, nur um einen Vorwand zu haben, sie berühren zu können; es war mir eine Wollust, ihr so nahe sein zu dürfen.

„Aber Sie müssen nicht allzu schlecht von mir denken“, sagte sie und lächelte wieder.

„Nein . . .“

Plötzlich machte sie eine resolute Bewegung und schob den Schleier bis auf die Stirn hinauf; eine Sekunde lang blickten wir uns an. Ylajali! sagte ich.

Sie hob sich empor, schlang die Arme um meinen Hals und küßte mich auf den Mund. Ein einziges Mal, schnell, verwirrend schnell, auf den Mund. Ich fühlte, wie ihr Busen wogte, sie keuchte gewaltsam.

Dann riß sie sich augenblicklich los, rief Gute Nacht, atemlos, flüsternd, wandte sich ab und lief ohne ein weiteres Wort die Stufen hinauf . . .

Die Haustür fiel ins Schloß.

* * *

Am nächsten Tage schneite es noch mehr, ein schwerer mit Regen vermischter Schnee, große, nasse Fetzen, die herabfielen und zu Morast wurden. Das Wetter war eisig rauh.

Den Kopf durch die Erregung des Abends gar wunderlich verwirrt, das Herz selig berauscht durch die süße Begegnung, war ich spät am Morgen erwacht. In meiner Verzückung hatte ich eine Weile wachgelegen und mir Ylajali an meiner Seite vorgestellt; ich breitete die Arme aus, umarmte mich selbst und küßte in die Luft hinein. Dann war ich endlich aufgestanden, hatte wieder eine Tasse Milch getrunken und gleich darauf ein Beefsteak gegessen und spürte nun keinen Hunger mehr; nur meine Nerven waren wieder stark erregt.

Ich ging hinunter nach den Kleiderbazaren. Mir fiel ein, daß ich vielleicht eine getragene Weste für billigen Preis bekommen könne, irgend etwas unter dem Rock zu tragen, gleichviel was. Ich stieg die Stufen zum Bazar hinauf und fand eine Weste, die ich genau untersuchte. Während ich noch damit beschäftigt war, kam ein Bekannter vorüber, nickte mir zu und rief mich an; ich ließ die Weste hängen und ging zu ihm hinunter. Er war Techniker und wollte aufs Bureau.

„Kommen Sie mit und trinken wir ein Glas Bier“, sagte er. „Aber schnell, ich habe nicht viel Zeit . . . Wer war die Dame, mit der Sie gestern abend spazieren gingen?“

„Hören Sie mal“, sagte ich, eifersüchtig auf seinen bloßen Gedanken, „wenn es nun meine Braut wäre?“

„Zum Teufel noch mal!“ rief er.

„Ja, gestern hat es sich entschieden.“

Er wurde ganz beschämt und glaubte mir unbedingt. Ich log ihm die Haut voll, um ihn wieder los zu werden; das Bier kam, wir tranken und gingen.

„Also Guten Morgen! . . . Hören Sie“, sagte er plötzlich, „ich bin Ihnen ein paar Kronen schuldig, und es ist eine Schande, daß ich sie Ihnen nicht schon längst wiedergegeben habe. Mit allernächstem bekommen Sie aber das Geld.“

„Danke“, entgegnete ich. Aber ich wußte, daß ich die Kronen nie von ihm zurückerhalten würde.

Leider stieg mir das Bier gleich zu Kopf, mir wurde sehr heiß. Der Gedanke an das abendliche Abenteuer überwältigte mich, machte mich beinahe verwirrt. Wie, wenn sie nun nicht am Dienstag kam? Wenn sie anfing, nachzudenken, Mißtrauen zu hegen . . . Mißtrauen zu hegen in bezug auf was? . . . Meine Gedanken wurden plötzlich lebendig und drehten sich um das Geld. Mir wurde Angst, ich war tödlich entsetzt über mich selbst. Der Betrug mit all seinen Details stürmte auf mich ein; ich sah den kleinen Laden, den Ladentisch, meine magere Hand, als ich nach dem Gelde griff, und ich malte mir das Vorgehen der Polizei aus, wenn sie kommen würde, um mich zu holen. Hände und Füße geschlossen, nein, nur die Hände, vielleicht auch nur die eine Hand; die Schranken, das Protokoll des Wachthabenden, der Laut seiner Feder, die kratzte; vielleicht nahm er für diesen Zweck eine neue; sein Blick, sein gefährlicher Blick! Nun, Herr Tangen? Die Zelle, die ewige Finsternis . . .

Hm. Ich krampfte die Hände heftig zusammen, um mir Mut zu machen, ging schneller und schneller und kam nach dem Stortorv. Hier setzte ich mich.

Keine Kindereien! Wie in aller Welt wollte man mir beweisen, daß ich gestohlen hatte? Außerdem wagte der Krämerbursche ja keinen Lärm zu schlagen, selbst wenn er sich eines Tages darauf besinnen sollte, wie die Sache zugegangen war; seine Stelle war ihm doch wohl zu lieb. Keinen Lärm, keine Szenen, wenn ich bitten darf!

Trotzdem lag mir dies Geld sündhaft schwer in der Tasche und ließ mir nicht Ruhe. Ich prüfte mich und machte auf das klarste ausfindig, daß ich zuvor glücklicher gewesen, damals, als ich in voller Ehrlichkeit litt und kämpfte. Und Ylajali! Hatte ich nicht auch sie mit meinen sündigen Händen herabgezogen! Gott im Himmel! Herr mein Gott! Ylajali!

Ich sprang plötzlich auf und ging direkt zu dem Kuchenweib an der Elefantenapotheke. Noch konnte ich mich wieder erheben von der Schande, es war noch lange nicht zu spät; ich würde der ganzen Welt beweisen, daß ich dazu imstande sei! Unterwegs legte ich das Geld in Bereitschaft, hielt jeden Heller in der Hand; ich beugte mich über den Tisch der Frau, als ob ich etwas kaufen wollte, und warf ihr das Geld ohne weiteres in die Hand. Ich sprach kein Wort und ging gleich weiter.

Wie wunderbar es schmeckte, wieder ein ehrlicher Mensch zu sein! Meine leeren Taschen beschwerten mich nicht mehr; es war ein Genuß, wieder blank und bar zu sein. Wenn ich es recht bedachte, hatte dies Geld mich im Grunde genommen viel heimlichen Kummer gekostet; ich hatte wirklich nur mit Schaudern daran gedacht; ich war keine verstockte Seele, meine ehrliche Natur hatte sich gegen die niedrige Handlung empört. Gott sei Dank, ich hatte mich in meinem eigenen Bewußtsein wieder erhoben. Macht es mir doch nach! sagte ich und blickte auf das Menschengewühl auf dem Markt. Macht es mir nur nach! Ich hatte ein armes, altes Kuchenweib beglückt, daß es nur so Art hatte; sie wußte weder aus noch ein. Heute abend würden ihre Kinder nicht hungrig zu Bett gehen . . .

Durch diese Gedanken stachelte ich mich auf und fand, daß ich mich ganz ausgezeichnet benommen hatte. Gott sei Dank, das Geld war ich jetzt los.

Trunken und nervös ging ich die Straße entlang und brüstete mich. Die Freude, Ylajali rein und ehrlich entgegentreten und ihr ins Gesicht sehen zu können, ging mit mir durch; ich hatte keine Schmerzen mehr, mein Kopf war klar und leer, es war, als ob ein Kopf aus eitel Licht auf meinen Schultern strahlte. Ich bekam Lust, Narrenstreiche auszuführen, erstaunliche Dinge zu begehen, die ganze Stadt auf den Kopf zu stellen. Die ganze „Grenze“ hinauf betrug ich mich wie ein Verrückter; ich hatte leichtes Ohrensausen, und in meinem Gehirn war der Rausch in vollem Gange. Ganz begeistert von meiner eigenen Dummdreistigkeit, fiel es mir ein, hinzugehen zu einem Dienstmann, der übrigens kein Wort gesprochen hatte, mein Alter anzugeben, ihm die Hand zu drücken, ihm eindringlich ins Gesicht zu sehen und ihn dann ohne weitere Erklärung wieder zu verlassen. Ich unterschied die Nuancen in den Stimmen und dem Lachen der Vorübergehenden, betrachtete ein paar kleine Vögel, die vor mir auf der Gasse hüpften, begann den Ausdruck der Pflastersteine zu studieren und fand allerhand Zeichen und wunderliche Figuren an ihnen. Inzwischen war ich zum Storthingplatz hinuntergelangt.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Groß-Berlin

Ein unglaubliches Bureaukratenstückchen

Zur Hebung der Wohnungsnot hat die Norddeutsche Kunststeinplattenwerke G. m. b. H., Hamburg-Berlin, Kanonierstr. 2, mit Unterstützung der Reichsbehörde in Zehlendorf, Teichstraße, Grundstücke erworben, um zwei Probehäuser zu errichten. Da diese Bauten als Probe in einer neuen Konstruktion und nach einer ganz besonders glücklichen Grundrißlösung durch den Architekten Baurat Rossius-Rhyn, dem bekannten Baumeister des Kleinwohnhauses, noch vor Winters Beginn hergestellt werden sollten, mied man die langwierigen Verhandlungen zur Erteilung der schriftlichen Bauerlaubnis und reichte die bauausführende Firma provisorisch die Zeichnung 1:50 ein, welcher derselben nach einer ganzen Zeit erst wieder zurückgereicht wurde mit dem Bemerken, daß die Zeichnung 1:100 ausgeführt maßgebend wäre. Um die Bauten beschleunigt durchzuführen, richtete sich die Gesellschaft nach der alten Baufluchtlinie, die durch die an dieser Straße bereits gebauten Häuser festgelegt war. Die Gesellschaft beachtete nun leider bei dem letzten an dieser Straße zu bauenden Hause nicht die neue Baufluchtlinie, da nach derselben ja auch alle anderen bereits stehenden Häuser um einen Meter zurückgesetzt werden müßten. Die Firma hat in dieser Konstruktionsausführung geschulte Arbeiter aus Hamburg mitgebracht, welche hierselbst auf Kosten der Gesellschaft im Hotel logieren. In der Zeit der größten Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit bekommt die dortige Polizeibehörde es fertig, dieses einen Meters wegen den Bau zu inhibieren, mehr als ein Dutzend Arbeiter vom Bau zu jagen und die Fertigstellung der Häuser zu unterbinden und so mehrere Wohnungsbedürftige in der rigorosesten Weise daran zu hindern, ein Unterkommen zu finden. Ganz abgesehen von dem volkswirtschaftlichen Nachteil wäre es endlich an der Zeit, die formellen Vorschriften, die äußerst peinlich heute noch gehandhabt werden, zu brechen. Wir glauben, daß diese Anregung der Polizeibehörde genügen wird, lebenswichtige Aufgaben vor die Erfüllung dem bisher geübten Formelkram voranzustellen.

Die 230. Brotkommission, Saarbrücker Straße 30, wird am 27. November nach Prenzlauer Allee 227 verlegt und dortselbst Den Vorsitz führt Rektor

Vorläufig keine Nachweisung von Geschäftsräumen. Infolge der außerordentlich starken Nachfrage nach gewerblichen Räumen und des nur sehr geringen Angebotes, können zur Zeit weitere Anträge auf Nachweisung von Geschäfts-, Bureau-, Lager-, Fabrik- und ähnlichen Räumen nicht mehr berücksichtigt werden. Die Liste der Geschäftsraumsuchenden wird nunmehr vorläufig geschlossen; es ist deswegen zwecklos, weitere mündliche und schriftliche Anträge auf Zuweisung von Geschäftsräumen zu stellen.

Männerchor Moabit. Sonnabend veranstaltet der „Männerchor Moabit" im Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47, ein Konzert. Als Solisten sind gewonnen: Frau Martha Wolf-Dreyer (Sopran) und Herr Walter Schulz-Fürstenberg (Cello). Der Besuch dieses Konzerts sei den Parteigenossen angelegentlichst empfohlen. Eintrittspreis 2,90 Mk. inkl. Steuer. Beginn pünktlich 7 Uhr.

Bezirks- und Stadtverordnete des 4. Verwaltungsbezirks. Am Sonnabend, den 20. November, abends 7 Uhr, Sitzung bei Hoffmann, Lychener Straße 8.

Aus den Organisationen

1. Distrikt. Sonnabend 7 Uhr Sitzung der Bildungskommission beim Genossen Stiller, Berlin, Urbanstr. 120, v. 3 Tr.

8. Distrikt. Heute 6 Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen.

9. Distrikt. Sonnabend 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission Wienstraße 17. Alle Genossen, die kommunale Funktionen ausüben, müssen daran teilnehmen.

10. Distrikt. Freitag abend 7 Uhr bei Büttner, Schwedter Str. 33, Versammlung. Vortrag Gen. Zachert „Beamtenfragen". Komm. Kommission.

16. Distrikt. Sonnabend 5 Uhr Flugblattverbreitung. Sämtliche Genossen treffen sich in ihren Zahlabendlokalen pünktlich um 5 Uhr. — 5. Abt. Alle Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung Sonnabend 5 Uhr bei Brandschädel, Lothringer Str. 101.

18. Distrikt. Bildungskommission (Crispien-Ledebour). Sitzung am Freitag, den 19. November, abends 7 Uhr, Schiller-Lyzeum, Zimmer 22.

Bezirksverordnete, Stadtverordnete des 3. Bezirks (Wedding). Sonnabend 6 Uhr in der Schule, Pankstr. 47, Zimmer 11, 1 Tr., Fraktionssitzung. Die Obleute der kommunalen Kommission sind eingeladen.

Verwaltungsbezirk Friedrichshain (6., 7., 8. Distrikt und Stralau). Kommunale Kommission. Freitag, den 19. November, Sitzung sämtlicher Abteilungs-Obleute bei Rasin, Gubener Str. 19. Beginn 7 Uhr.

Gesundbrunnen, Sozialistische Proletarierjugend. Eröffnungsabend am Freitag 7 Uhr in der Mädchenschule, Gotenburger Straße, part., 1. Zimmer links. Zahlreiches Erscheinen nichtorganisierter Jugendlicher erwünscht.

Cöpenick. Freitag 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: Dammvorstadt Rest., früher Jungklaus, Bergmannstr.; Altstadt Rest. Henschel, Wilhelmsplatz; Kietzvorstadt Rest. Rettig, Müggelheimer Straße; Kölln. Vorstadt Rest. Bayernhof. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.

Lichtenberg. U. S. P. D. Freitag, den 19. November, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Wilh. Schulz, Scharnweberstr. 47.

Niederschönweide. Heute Freitag abend 6 Uhr bei Schuster, Britzer Str. 17, außerordentliche Zusammenkunft aller Mitglieder.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Freitag ½8 Uhr Extrazahlabend. Es tagen Bezirk Halensee bei Piche, Seesener Straße; Bezirk 3 und 4 bei Deichmann, Holsteinische Str. 12; Bezirk 6 bei Gröschke, Nassauischestr. 13; Bezirk Schmargendorf im „Wilden Eber". Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Charlottenburg. Kinderschutzkommission und Frauenkommission gemeinsame Sitzung Freitag 7 Uhr im Rathaus, Zimmer 1. Das Erscheinen sämtlicher Kommissionsmitglieder ist notwendig.

Neu-Zittau. Sonnabend 7½ Uhr findet im Lokal von Vormerst eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Der Sozialismus als Retter aus Not und Elend, Ref. Luise Zietz; 2. Freie Aussprache.

Vereinskalender

Buchbinder-Verband. Achtung! Kartonnagenbranche! Die Betriebsräte-Versammlung findet wegen der Mitgliederversammlung am Freitag, den 19. November, abends 7 Uhr, bei Becker, Weberstr. 17, kleiner Saal, statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Rätekommission; 2. Rechte und Pflichten der Betriebsräte; 3. Bericht von den Eisenacher Verhandlungen; 4. Verschiedenes. Jeder Betrieb muß vertreten sein, auch die Ersatzpersonen müssen erscheinen.

Sozialist. Proletarier-Jugend. Gruppe Süden. Freitag, den 19. November, Schule Wassertorstr. 31, Klassenzimmer 18, 7 Uhr.

Arbeiter-Elternbund, Gruppe Moabit. Heute Freitag abend 7 Uhr öffentlicher Vortragsabend. Genosse Lehrer Bräse spricht über: Die Reichsverfassung und die konfessionelle Schule. Eltern und Elternbeiräte erscheint alle!

Freireligiöse Gemeinde, Ortsgruppe **Cöpenick.** Sonnabend 7 Uhr Mitgliederversammlung im Stadt-Theater.

Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten. Freitag 7¼ Uhr im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41, große öffentliche Versammlung. Stellungnahme gegen das Angebot der Bankleitungen zu den in der Böhmen-Brauerei am 12. November gestellten Forderungen.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 4e (Lotterie). Mitgliederversammlung am 19. November, abends 7½ Uhr, Restaurant St. Hubertus, Weberstraße 16-18. — Fachgruppe 7b (Schaufensterdekorateure). Mitgliederversammlung am 19. November, abends 7½ Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12. — Fachgruppe 10 (Bekleidungs- und Textilindustrie und Großhandel). Fachgruppenversammlung am 19. November, nachmittags 5¼ Uhr, Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Fachgruppe 6c (Maschinen- und Werkzeugfabrikation, Eisengießereien und Eisenkonstruktionsbetriebe). Mitgliederversammlung am 19. November, abends 7 Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12. — Fachgruppe 13b und c (Chemische Industrie und Großhandel). Mitgliederversammlung am 19. November, abends 7¼ Uhr, Neue Philharmonie, Cöpenicker Str. 96-97. — Fachgruppe 17 Ia—e (Nahrungs- und Genußmittel-Industrie und Handel). Mitgliederversammlung am 19. November, abends 8 Uhr, Grünauer Garten, Grünauer Str. 14.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kemeriner, Karlshorst. — Verlagsgesellschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 1000000fach bewährt
Preis M. 3.- In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kukirol steht einzig da.

Grosser Lebensmittelmarkt

zu billigen Preisen, soweit Vorrat

Margarine Pfund	13.95
Cocosfett Pfund	17.00
Schmalz Pfund	23.50
Gem. Marmelade ca. 50% Zucker Pfund	3.95
Frucht-Confitüre ca. 40% Zucker Glas	5.50
Landkäse Pfund	6.70
Tilsiter Käse Pfd.	8.60
Holländ. Käse Pfd.	17.50
Edamer Käse Pfd.	18.50
Kunsthonig 1-Pfd.-Paket	7.20

Fleisch
- Kalbskeule von 5 Pfund an Pfd. 12.00
- Kalbskamm u. Brust Pfd. 11.00
- Hammelkeule im ganzen Pfd. 12.00
- Hammelfleisch Pfund 11.00
- Gehacktes Rindfleisch Pfd. 13.00

Wild — Geflügel
- Gänse-Stückenfleisch Pfd. 12.50
- Gänsekeulen Pfund 17.00
- Gänseklein Stück 17.50
- Hühner Pfund 11.50
- Rehblätter Pfund 12.00
- Kaninchen gestreift Pfund 7.80
- Hirschfleisch Pfund 8.00 bis 14.50
- Gänse Pfund von 10.50 an

Wurstwaren
- Frische Blutwurst Pfd. 9.00
- Bockwürstchen frisch Pfd. 14.50
- Sülzwurst Pfund 18.00
- Zwiebelleberwurst Pfd. 16.00
- Landleberwurst Pfund 21.00
- Feine Leberwurst Pfd. 21.00
- Fleischwurst Pfund 22.00
- Zungenwurst Pfund 25.00
- Knoblauchwurst Pfund 26.00
- Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund 26.50
- Paprikaspeck Pfund 29.00
- Rotwurst Pfund 16.00

Fische
- Lebende Karpfen Pfund 12.50
- Leb. Aalquappen Pfund 6.00
- Frischer Schellfisch Pfund von 2.75 an
- Goldbars Pfund 3.50
- Grosse Vollheringe Stück 65 Pf.

Obst — Gemüse
- Zwiebeln Pfund 75 Pf.
- Weisskohl Pfund 22 Pf.
- Rotkohl Pfund 25 Pf.
- Gelbe Kohlrüben Pfund 15 Pf.
- Mohrrüben Pfund 28 Pf.
- Grünkohl Pfund 35 Pf.
- Neue Feigen Pfund 5.40
- Sellerie Pfund 45 Pf.

Sing-Wald-Vogelfutter Pfd.	1.20
Salz Pfund	28 Pf.
Bohnen braune Pfund	2.50
Halbe Erbsen geschält Pfund	2.95
Maisgriess Pfund	3.50
Gem. Backobst Pfd.	6.50
Prima Tafel-Reis Pfd.	5.95
Kuchenmehl ½ Pfd. Pak. backfertig, m. Eiern u. Gewürzen	8.50
Trockenmilch Pfd.	11.50
Speiseöl Fl.	3.60 5.90 9.00

Bücklinge Pfund 5.80 | Sprotten Pfund 7.00 | Pfefferlinge 2-Pfund-Dose 7.50 | Sauerkohl Pfund 70 Pf.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse * Alexanderplatz
Allein-Vorverkauf für Zirkus Sarrasani

118

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist **echter Hoost-Dreibohnenkaffee**
Mit freiem Schlüsselabonnement
M. Hoost, Berlin C 25, Prenzlauer Str. 46
Keibel-Straße 11 •• Alexander 1470

Bombenpreise für sämtliche **Altmetalle!** Zinn, Weisslager Quecksilber erzielen Sie stets
1. Neukölln, Steinmetzstr. 18
2. „ Kirchhofstr. 32
3. Lichtenberg, Niederbarnimstr. 9
4. Berlin, Schönleinstr. 14

Die **Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale** Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft **Kupfer, Messing, Blei, Zink.**

Quecksilber, sowie alle anderen Metalle **J. Abusch, Metall engros** O. 27, Blankenfelde Straße 5 nw. Alexanderplatz-Jannowitzbr.

Altmetalle höchste Schmelzpreise Ludwig, Pintschstraße 19.

Kupfer, Messing, Zinn, sämtliche Altmetalle zahle höchste Tagespreise **Neue Hochstraße 38.** Händler Extrapreise.

Kupfer Messing, Zinn usw. Quecksilber, Zahngebisse Platin-, Gold-, Silberbruch weit über Tagespreis
Brunnenstr. 11
Bensselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Neu eröffnet. Neu eröffnet. **Metall-Einkaufs-Zentrale** — im blauen Laden — **Liesenstraße 26,** Eing. Borsigstr. 1 Minute v. Stettiner Bahnhof Telephon: Norden 2480. Zahle die allerhöchsten Preise für sämtliche Alt-Metalle. E. Wenzel & Co.

Achtung, Brautleute! 1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 „ 105 „ „
333 „ 65 „ „
inkl. Luxussteuer. Jeder Ring ist fugenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe. C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt). Eigene Fabrikation.

Kupfer, Messing Blei, Zink, Zinn, kauft **Oderbergerstr. 1** Ecke Schönhauser Allee Ab. 100 M. 5 M. Fahrgeld
Jedermann kann sich überzeugen, daß ich trotz Belastung für sämtl. **Altmetalle** die besten Preise zahle. Altmetallhandlung Wallnertheater-Straße 5.

Kupfer, Messing Blei, Zink, Zinn, kauft **Lychenerstr. 5** an der Hochbahn Danzigerstr. Sonnabend b. 5 Uhr geöffnet

Die Stelle des

Bürgermeisters der Stadt Saarbrücken

(der Titel Oberbürgermeister ist beantragt) ist sofort zu besetzen.

Die Wahl und Anstellung erfolgt auf 12 Jahre. Jahresgehalt 30 000 Mark, dazu Ortszuschlag, Kinderbeihilfen und Ausgleichszuschlag nach staatlichen Grundsätzen und die für das Saargebiet geltenden besonderen Zulagen.

Bewerber, welche auf dem Gebiete der kommunalen und Staatsverwaltung besondere Fähigkeiten, Erfahrung und Kenntnisse besitzen und die Prüfung für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst abgelegt haben oder in wirtschaftlichen oder technischen Betrieben an leitender Stelle tätig gewesen sind, werden gebeten, ihre Meldung nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 1. Januar 1921 einzureichen.

Ferner sind die Stellen

zweier Beigeordnet. der Stadt Saarbrücken

sofort zu besetzen.

Die Wahl und Anstellung erfolgt auf 12 Jahre. Jahresgehalt 20 000 M. und 15 000 M., Ortszuschlag, Kinderbeihilfen und Ausgleichszuschlag nach staatlichen Grundsätzen und die für das Saargebiet geltenden besonderen Zulagen.

In der Kommunal- oder Staatsverwaltung, oder in wirtschaftlichen oder technischen Betrieben bereits tätig gewesene Bewerber werden gebeten, ihre Meldung nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 1. Januar 1921 einzureichen.

Die Bestätigung der Wahl der 3 zu wählenden Herren erfolgt auf Grund der rheinischen Städteordnung durch die Regierungskommission für das Saargebiet.

Saarbrücken, den 10. November 1920.
Der komm. Bürgermeister.

Junger Schriftsetzer mit der Bewegung eng verwachsen, journalistisch befähigt, **sucht Stellung in linkssozialistischer Presse.** Angebote unter „Internationale" an die Exped. d. „Freiheit".

Gold- Silber-Bruch Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink usw. Zahle stets Tagespreise! **Metallschmelze,** Siemensstraße 6 (Bahnhof Beusselstr.)

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Schlosser

Max Bartig

Berlin, Heidenfeldstraße 18, am 12. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. November, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Schlosser

Friedrich Baer

Berlin, Havelberger Str. 24, am 3. d. Mts. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Montag, den 22. November, nachmittags 5.30 Uhr:

General-Versammlung

in Kliems Festsälen, Hasenheide 14-15.

Tagesordnung: Berichterstattung von der Tarif-Ausschußsitzung.

Zu dieser Versammlung sind außer den Delegierten die Vertrauensleute und Druckereikassierer eingeladen. Ohne Legitimation kein Einlaß.

Der Gauvorstand.

Arbeiter! Parteigenossen! Abonniert die „Freie Welt"

Kork-mundstück GARBÁTY **York** Gold-mundstück